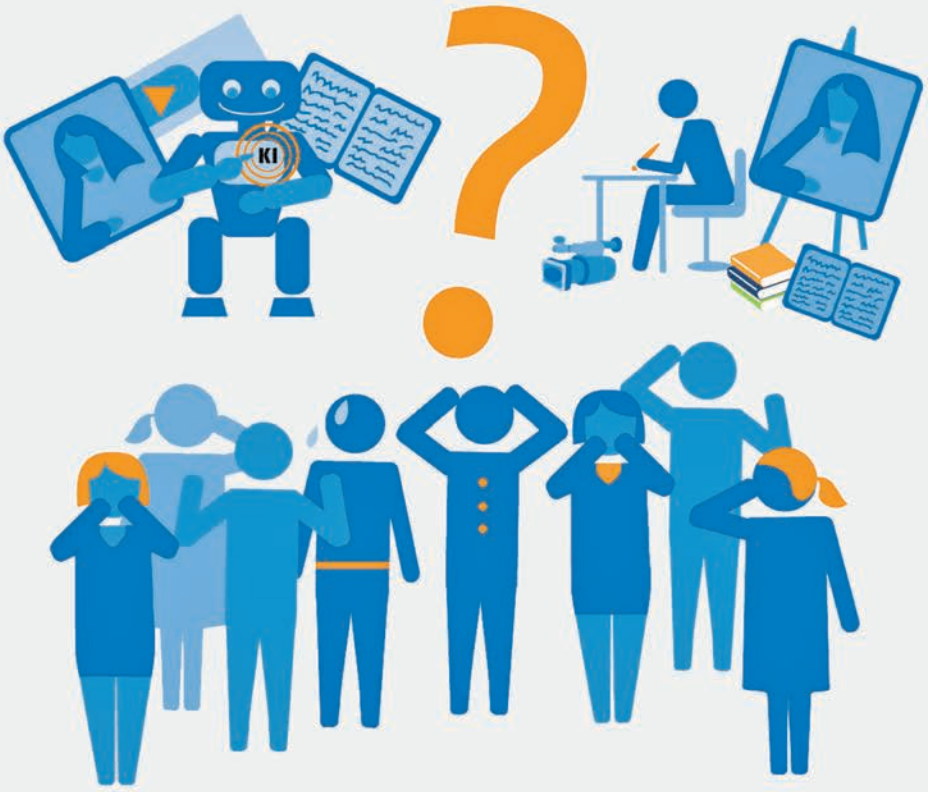
iNSIDER
Zeitschrift der Fachgruppe Berufsbildende Schulen Hessen
NR. 04
Winter 2025
36. Jahrgang

Die besondere Zahl

84 Prozent

der Bevölkerung ist besorgt: KI oder nicht KI?



84 Prozent der Bevölkerung ist besorgt, dass man nicht mehr erkennen kann, ob Texte, Bilder oder Videos mit oder von KI oder von realen Personen erstellt wurden. 91 Prozent ist der Auffassung, dass es gekennzeichnet werden sollte, wenn diese mit KI erstellt wurden.

QUELLE: ACATECH/TECHNIKRADAR 2025

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Die besinnliche Zeit ist (leider) vorbei. Nun geht es ins 2. Halbjahr des Schuljahres mit all seinen Verdichtungen. Damit meine ich insbesondere die vielfältigen Prüfungen, die schon vor den Osterferien (Abitur) beginnen und über alle Schulformen bis zum Ende des Schuljahres andauern. Ein Prüfungsmarathon ohne Ende mit gravierenden Einschnitten in den regulären Unterricht. Als ehemaliger Schulleiter einer Kreisberufsschule mit allen Schulformen und vielen Berufsfeldern habe ich das vor Jahren akribisch aufgelistet an das HKM geschickt. Antwort, dreimal dürft Ihr raten: Nullkommanull! Nebenbei: Lehrpläne gehen von 40 Schulwochen aus, angesichts der Prüfungsorgie und der damit verbundenen Folgen wie Unterrichtsausfall und Vertretungsunterricht, welche Kenntnisarmut seitens der Kultusbürokratie!

Was könnt Ihr ansonsten lesen?

- Die Lehrerbildung ist derzeit massiv unter Druck und mit deutlichen Verschlechterungen konfrontiert, in allen 3 Phasen (s. hierzu die S. 12-14).

- BÜA und die zukünftigen Berufsschulstandorte bewegen seit langem und aktuell die Diskussionen in den Kollegien (S. 15 und 22/23).

- Auch die Fachlehrenden machen wieder mal und zu Recht auf sich aufmerksam (S. 3).

Von da oben auf dem Mond sieht die internationale Politik ziemlich kleinkariert aus. Am liebsten möchte man die Politiker am Kragen packen, zweihundertfünfzigtausend Meilen hier rauszerren und sagen: Schau dir mal das an, du Arschloch!

(Edgar Mitchell, Apollo-14-Astronaut)

- Wie immer dokumentieren wir gute Projekte aus Schulen, hier aus der Arnold-Bode-Schule in Kassel mit Lösungen zur Überwindung der Sprachbarrieren bei Prüfungen (S. 6/7) sowie den Beitrag der Berufsschule am Gardierwerk in Bad Nauheim zur Umweltschule (S. 26/27).

- Auch die Infos zum Ausbildungsmarkt, den Aussagen zu mangelnder Vorbildung und den Jugendlichen ohne Abschluss sowie den psychischen Belastungen der Jugendlichen bedürfen der Aufmerksamkeit.

- Wie in jeder Nummer stellen wir zwei Berufsbildende hessische Schulen mit ihrem Profil und den Namensgeber*innen vor (S. 24/25). Für die nächste Nummer suchen wir wieder zwei Schulen, also auf geht's!

Zum Schluss möchte ich Euer Augenmerk auf die S. 31 lenken, auf der wir uns als GEW-Landesfachgruppe Berufsbildende Schule vorstellen und Euch Alle zum Hineinschnuppern einladen.

Ansonsten stockt uns täglich der Atem, was auf dieser Welt international und national alles vor sich geht. Und die Pädagog*innen an den Berufsbildenden Schulen haben die Aufgabe, unsere Jugendlichen möglichst viel davon klären zu lassen und vor allem mit ihnen darüber zu diskutieren, auch durchaus kontrovers. Die Unterrichtsskizze des Kollegen Rentz auf S. 30 zur Diskussion um den Wehrdienst kann hierzu anregen.

Ich wünsche Euch für das kommende prüfungsreiche Halbjahr die notwendige Energie, pädagogisches Geschick und vor allem auch die erforderliche Gelassenheit!

Dieter Heidt

INHALTSVERZEICHNIS

Liebe Kolleginnen… 2
Fachlehrer abgehängt 3
News 4
Prüfungsfrage ist Barriere 6
didacta – IG Metall Positionsvergleich 8
Mindestausbildungsvergütung 9
Digitalpakt 2.0 9
HPRS – Ein Rückblick 10
Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte 11
Sparen beim Lehrkräftenachwuchs 12
Kahlschlag in der Lehrkräftebildung 13
Zukunft von BÜA 15
Publikationen 16
Psychische Belastungen junger Menschen 17
Krise des Ausbildungsmarkts 18
Berufsbildungsbericht 2025 19
IQB-Bildungstrend 2024 20
Jugendliche ohne Schulabschluss 21
„Zukunftsfähige Berufsschule" – Resolution 22
Namen der BBS 24
Umweltschule in Bad Nauheim 26
Mitte-Studie 2024/25 28
Superreiche gerecht besteuern 29
Roman trifft Buchführung 29
Wehrdienst/Wehrpflicht – eine Unterrichtsskizze 30
Die Fachgruppe – ein bunter Haufen 31
Veranstaltungen – Neues aus dem Landtag 32

Fachlehrer*innen (Fl.at.F.) in Hessen

Abgehängt – Vergessen – ohne berufliche und besoldungstechnische Perspektive

Sehr geehrter Herr Kultusminister Schwarz,

im Februar 2026 beginnen dieTarifgespräche für den öffentlichen Dienst. Seit 1999 (über 25 Jahre) regiert die CDU mit unterschiedlichen Koalitionspartnern in Hessen. Seit 2005 (über 20 Jahre) weisen rund 1.000 Fachlehrerinnen und Fachlehrer regelmäßig auf ihre Besoldungs- und Laufbahnproblematik hin. Es passiert **NICHTS**.

Grundschullehrer und Polizisten: Um diese Berufsgruppen wurde sich bei den letzten Tarifverhandlungen gekümmert. Grundschullehrkräfte gruppiert man nun schrittweise in A 13 ein. Bei den Kolleginnen und Kollegen der Polizei wurden Stellenzulagen verhandelt. Nur bei den Fachlehrerinnen und Fachlehrern passiert **NICHTS**.

Keine Höhergruppierung in die Besoldungsgruppen A 12 bzw. A 13 wie gefordert, keine Stellenzulagen, keine Theoriezulagen, keine Anpassung bzw. Reduzierung der Pflichtstundenanzahl. Es passiert **NICHTS**.

Es wurde seitens Ihrer Regierung lediglich ein völlig utopischer und der Realität völlig ferner Vorschlag unterbreitet, sich neben seiner täglichen Arbeit mit einem Zusatzstudium für höhere Aufgaben zu qualifizieren. Sie können gerne nachprüfen, welche „Erfolge“ dazu bisher erzielt werden konnten.

Kann es sich das Land Hessen in diesen Zeiten leisten, das Anliegen von hochqualifizierten und hochmotivierten Fachlehrerinnen und Fachlehrern, pädagogisch auf dem gleichen Qualifikationsstand und Niveau wie Studienräte ausgebildet, seit mittlerweile mehr als 20 Jahren zu ignorieren und rund 1.000 Fachlehrerinnen und Fachlehrer in einer beruflichen Sackgasse abzustellen? Welche Auswirkungen hat dieses (Nicht-) Handeln wohl auf deren Motivation?

Wir bitten Sie nun eindringlich nochmals darum, unsere Anliegen ernst zu nehmen und diese bei den kommenden Tarifgesprächen zu berücksichtigen und umzusetzen. Handeln Sie endlich.

Wir und unsere Kolleginnen und Kollegen möchten nach den Verhandlungen, welche im Februar 2026 beginnen, nicht schon wieder feststellen müssen, dass diesbezüglich unter Ihrer Regierung **NICHTS** passiert.

Zum Ende unserer Ausführungen möchten wir Sie bitten, uns unsere deutlichen Anmerkungen nachzusehen. Diese sind lediglich eine Reaktion darauf, dass in diesem Bereich seit dem Jahr 2005 absolut keine Bewegung zu erkennen ist und unter Ihrer Regierung praktisch **NICHTS** passiert.

Beste Grüße von den kaufmännischen Schulen Marburg

06.11.2025

Uns in Marburg geht "mal wieder" die ganze Diskussion, besser Nichtdiskussion, über uns Fachlehrer (m/w/d) auf den Keks. Die aktuelle Einstellung von "Einfachlehrern" und deren Besoldung bringt das Fass endgültig zum Überlaufen. Aus diesem Grund haben wir (mal wieder) Briefe geschrieben und eine Aufstellung unserer bisherigen Initiativen der letzten 25 Jahre angehängt.

Das wird, wie in den letzten 25 Jahren, überhaupt NIX bringen. Das ist uns allen klar. Aber für unser Gewissen haben wir wieder etwas getan. Die Motivation sinkt, sinkt und sinkt. Wir glauben, dass wir für fast 1.000 Kolleginnen und Kollegen aus Hessen sprechen.

Holger Jüngst, a.t. Fachlehrer

Stellungnahme der GEW Hessen

Wir dokumentieren gerne das Schreiben, das die Fachlehrerschaft der Kaufmännischen Schulen in Marburg an Minister Schwarz geschickt hat, wie auch die persönliche Anmerkung des Kollegen Jüngst.

Die GEW Hessen hat sich im Jahr 2025 intensiv mit dem Thema beschäftigt, was neben einer Fachtagung schließlich zu einem Beschluss des Landesvorstands führte. Dieser ist im *i*nsider 1/2025 auf den Seiten sechs und sieben wiedergegeben.

Die Redaktion

news

Vorbemerkung

Die Zusammenstellung unter News ist einerseits gedacht zur Information der Lesenden. Teile davon sind jedoch auch als Anregung und Aufforderung gedacht, die dahinter liegenden Vorgänge und Fakten im Unterricht im Sinne forschenden Lernens zu beleuchten. Rückmeldungen hierzu werden gerne entgegengenommen.

Frag „Telli"

Seit dem Schuljahr 25/26 steht allen hess. Schulen der digitale Assistent „Telli" zur Verfügung. Er ist im Schulportal Hessen eingebunden und soll Lehrkräfte und Schüler*innen beim sicheren Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) unterstützen. Der Chatbot funktioniert ähnlich wie bekannte Systeme wie ChatGPT, unterscheide sich jedoch durch seine pädagogische Steuerung. Das Land übernimmt laut Ministeriumsangaben alle Infrastruktur- und Betriebskosten, finanziert aus Mitteln des Digital-Pakts 1.0. Die Freischaltung der „Telli"-Kachel im Schulportal könne erst erfolgen, wenn die Schulleitung zugestimmt hat und das Kollegium informiert wurde.

*Es wäre schön, wenn Kolleg*innen aus den Schulen für den nächsten insider über ihre Erfahrungen mit „Telli" berichten würden.*

Beschlüsse des GEW-Gewerkschaftstages 2025

Der Gewerkschaftstag in Berlin hat die bildungspolitischen Leitlinien für die kommenden vier Jahre verabschiedet. Hier sind alle Beschlüsse, die vom 20. bis 24. Mai 2025 gefasst wurden.

Für den Bereich Berufliche Bildung ist dabei der Beschluss 3.32 "Das Menschenrecht auf inklusive berufliche Bildung umsetzen!" besonders relevant.

KI ist fester Bestandteil des Alltags junger Menschen

Die Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) ist für Jugendliche zum festen Bestandteil ihres Alltags geworden. Wie die JIM-Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest (mpfs) zeigt, nutzen 74 Prozent der 12- bis 19-Jährigen KI-Anwendungen für Hausaufgaben oder zum Lernen. Zugleich bleibt das Smartphone ihr ständiger Begleiter und zentrales Medium. Doch obwohl die meisten Jugendlichen wissen, dass ihnen Pausen vom Smartphone guttun, fällt die Selbstregulierung im Umgang mit dem Gerät schwer. Die durchschnittliche Bildschirmzeit liegt bei knapp vier Stunden täglich.

>> mpfs: JIM-Studie 2025

KI - berufliche Bildung, Bildungsprozesse und Bildungsinhalte

Die Ausgabe 04-2025 von **denk-doch-mal.de** ist mit dem Titel „Wie verändern sich mit KI berufliche Bildung, Bildungsprozesse und Bildungsinhalte?" erschienen. Mit dieser Ausgabe wollen wir das Thema KI auf unterschiedlichen Ebenen in den Blick nehmen. Wir fragen nach den Auswirkungen auf die Arbeitswelt, um daran anschließend Wirkungen auf (berufliche) Bildungsprozesse und -inhalte konkreter zu betrachten.

Studie zu den Ursachen digitaler Ausgrenzung

Wer in schwierigen Wohnverhältnissen lebt oder nur über ein geringes Einkommen verfügt, hat deutlich schlechtere Chancen, digitale Kompetenzen aufzubauen. Dieses Ergebnis liefert die Studie "Digital Skills Gap 2025" der Initiative D21. Nur 27 Prozent der Menschen in schwierigen Wohnsituationen und 32 Prozent der Einkommensschwachen verfügen über digitale Basiskompetenzen – in der Gesamtbevölkerung sind es 49 Prozent. Digitale Teilhabe hängt stark von den Ressourcen ab, auf die Menschen zurückgreifen können.

>> Initiative D21: Digital Skills Gap 2025 (PDF)

Gestern Vision – heute Wirklichkeit

Eine kostenlose Plattform, die den Lehralltag vereinfacht. Das Berufsschulportal der Länder – HubbS – bietet viele praktische Features zum Austausch und für den Unterricht:

- Kollegialer Austausch per **Chat**, **Videokonferenz** und in **Gruppen**
- Dateiablage und gleichzeitiges Arbeiten an Dokumenten in der **Cloud**
- Erstellen interaktiver Unterrichtsmaterialien im **Editor**
- Veröffentlichung eigener Materialien in der **Mediathek**.

https://hubbs.schule

Kompass für das vielfältige Berufsbildungssystem

BIBB-Publikation bietet erstmals umfassenden Überblick.

Die deutsche Berufsbildung ist vielfältig und geprägt von verästelten Wegenetzen mit unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen und Zuständigkeiten. Mit dem "Kompendium zur Berufsausbildung nach Bundes- und Landesrecht" schafft das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) erstmals einen umfassenden Überblick über das komplexe

Gesamtsystem. Strukturen, Ordnungsprozesse und Abschlussprüfungen werden darin vergleichend dargestellt.

BIBB-PM 41/2025 | 11.12.2025

Treffen der Allianz für Aus- und Weiterbildung

Am 10. November trafen sich die Spitzenvertreterinnen und -vertreter der Allianz für Aus- und Weiterbildung. Besprochen wurden die großen Herausforderungen auf dem deutschen Ausbildungsmarkt: Zu viele junge Menschen bekommen keinen Berufsabschluss, gleichzeitig bleiben viele betriebliche Ausbildungsstellen unbesetzt. In der neuen Allianzperiode ab 2026 wollen die Partnerinnen und Partner möglichst allen Menschen die Chance für einen Berufsabschluss geben, etwa indem sie die Angebote der beruflichen Orientierung ausbauen und stärken.

>> BMBFSFJ: Gemeinsam Fach - kräfte sichern

Duales Studium bleibt Erfolgsmodell für junge Fachkräfte

21. Oktober 2025

Das duale Studium ist weiter auf Erfolgskurs. Laut einer aktuellen Auswertung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) wurden 2024 insgesamt 1.824 duale Studiengänge mit 113.526 Studierenden erfasst. Auch die Zahl der Betriebe, die duale Studienplätze anbieten, ist stark gestiegen: Von knapp 18.200 im Jahr 2004 auf rund 52.000 Angebote im Jahr 2024.
Besonders beliebt sind Studiengänge in den Bereichen Ingenieurwesen und Wirtschaftswissenschaften. Auch Gesundheitsberufe oder Soziale Arbeit dual gewinnen an Bedeutung.

Doch wo Licht ist, gibt es auch Schatten: Die Abstimmung zwischen Hochschule und Betrieb funktioniert oft nicht reibungslos. Laut einer aktuellen Studie bewerten nur rund 40 Prozent der dual Studierenden die Koordination als gut. Das zeigt: Die Verzahnung von Theorie und Praxis, eigentlich die große Stärke des dualen Studiums, wird noch zu selten wirklich gelebt.

www.bibb.de/ausbildungplus.de
Anmerkung. Die Informationen aus AusbildungPlus sind sehr geeignet, um Studierwillige auch darüber zu informieren (z.B. FOS, BG etc.).

Mehr anerkannte ausländische Berufsabschlüsse

Laut Stat. Bundesamt wurden 2024 in Deutschland rund 79 100 ausländische Berufsqualifikationen anerkannt – ein Plus von 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr und mehr als eine Verdreifachung seit 2016.

Klimawandel und Klimapolitik

Die Bundeszentrale für Politische Bildung hat zum Thema Klimawandel ein Dossier mit interessanten Materialien für den Unterricht zusammengestellt.

www.bpb.de/themen/klimawandel/dossier-klimawandel/516929/Klima-politik/

Hohe Vermögensungleichheit endlich Thema, Erbschaftsteuer muss gerechter werden

Im am 12.11.2025 vorgelegten Jahresgutachten fordert der Sachverständigenrat eine Stärkung der Staatseinnahmen, auch durch eine wirksame Reform der Erbschaftsteuer, welche die Vermögensungleichheit angeht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt dies ausdrücklich.

Wohnungsmangel

In Westdeutschland fehlen nach Schätzung des Pestel-Instituts (Forschungs- und Beratungsinstitut) mittlerweile 1,2 Millionen Wohnungen. Das Institut habe dabei alle Wohnungen herausgerechnet, die länger als ein Jahr leer stehen, da sie offensichtlich dem Markt nicht mehr angeboten werden.

DE 07.10.2025

Regenwald schwindet weiter

Die Wälder der Welt schwinden in atemberaubendem Tempo: In jeder Minute ist im vergangenen Jahr eine Fläche tropischen Regenwaldes so groß wie 18 Fußballfelder verloren gegangen. 6,7 Millionen Hektar tropische Urwälder wurden zerstört, eine Fläche fast so groß wie Irland oder Bayern. Das ist der Analyse der Universität Maryland nach fast doppelt so viel wie im Jahr zuvor, ein Rekord.

DE 22.05.2025

Dieter Staudt

arnold bode schule
handwerk technik gestaltung

Wenn die Prüfungsfrage zur Barriere wird ...

Wie DaZ, Inklusion und Arnold-AI gemeinsam versuchen, sperrige Prüfungsaufgaben verständlicher zu machen.

An der Arnold-Bode-Schule in Kassel ist die Sprache der Prüfungen seit Jahren ein Thema. Die berufliche Schule für Handwerk, Technik und Gestaltung arbeitet mit einer sehr heterogenen Schülerschaft in Vorbereitungsklassen und dualen Ausbildungsgängen. Viele Lernende bringen andere Erstsprachen und unterbrochene Bildungsbiografien mit.

In der Abschlussprüfung entscheidet dann oft nicht nur das Fachwissen, sondern auch die sprachliche Hürde. Aufgabenblätter aus der betrieblichen Praxis oder aus Kammerprüfungen sind häufig komplex formuliert, arbeiten mit Passivkonstruktionen, zusammengesetzten Nomen und langen Relativsätzen. Die Fachgruppe Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und die Stelle Inklusion haben das früh benannt: Lernende scheitern nicht an der Berechnung einer statischen Last, sondern bereits an der Formulierung der Aufgabenstellung.

Vom SBS-Projekt zum Leitfaden

Bereits 2019 startete an der Schule ein SBS-Projekt zur Fachdeutschförderung im Straßen- und Tiefbau. Ziel war es, berufsbezogene Lernsituationen zu entwickeln, die Sprachförderung und fachliche Inhalte verbinden und für das Kollegium offen dokumentiert sind.

Die Projektgruppe sammelte typische Stolpersteine aus IHK-Aufgaben und eigenen Klassenarbeiten, formulierte Arbeitsaufträge um und erprobte sie mit Auszubildenden. Der Aufwand war enorm: Die geplante Projektzeit und die Ressourcen wurden verlängert, weil jede Aufgabe mehrfach überarbeitet, erprobt und sprachsensibel angepasst werden musste. Aus dieser Arbeit entstand ein Leitfaden mit Regeln für verständliche Prüfungsaufgaben. Er empfiehlt klare Operatoren, kurze Hauptsätze statt Schachtelsätzen, möglichst wenig Passiv und die Auflösung von Nominalisierungen.

Der Leitfaden ist heute schulintern anerkannt. Dennoch bleibt ein Problem: Wer jede Klassenarbeit und jede Prüfungsfrage nach diesen Kriterien per Hand überarbeitet, braucht sehr viel Zeit und dies ist im Alltag nicht zu leisten. Wir schätzen, dass die manuelle Optimierung einer einzelnen Prüfungsfrage bei 30 bis 60 Minuten liegt. Von Arbeitsblättern ganz zu schweigen. Das können wir mit der KI auf Sekunden reduzieren.

KI ohne Systematik reicht nicht

Generative KI schien zunächst die naheliegende Entlastung zu sein. Schnell zeigte sich jedoch: Ohne klare Vorgaben produziert KI zwar „vereinfachte“ Versionen, hält aber weder den Leitfaden noch weitere fachliche Anforderungen zuverlässig ein. Manche Werkzeuge kürzen Aufgaben so stark, dass wichtige Hinweise verloren gehen oder zentrale Fachbegriffe durch alltagssprachliche Umschreibungen ersetzt werden. Vor allem verlangt die Steuerung der KI relativ viel Zeit für detaillierte Prompts.

KI kann unterstützen, ersetzt aber nicht das gemeinsame Verständnis von guter Sprache. Die Regeln müssen zuerst in der Schule selbst entstehen und anschließend technische Lösungen steuern – nicht umgekehrt.

bodeWIKI als Dreh- und Angelpunkt

Hier setzt das bodeWIKI an, das schuleigene Qualitätsmanagement-System. Seit Jahren dokumentiert das Kollegium dort Prozesse, Projekte und Materialien. Die Fachgruppe DaZ, die Stellen Inklusion und Qualitätsmanagement, Schulleitung und Personalrat haben das Wiki genutzt, um einen neuen Baustein zu entwickeln: die Optimierung von Prüfungsfragen in einfacher Sprache.

Im bodeWIKI sind in der schuleigenen Arnold-AI der Leitfaden, Beispiele aus Prüfungen und weitere DaZ-Erfahrungen hinterlegt. Wer eine Prüfungsfrage überarbeiten will, lädt die Vorlage – ob Text oder Foto – in das System und überarbeitet ihn mit den hinterlegten Regeln. Das Ergebnis ist ein Entwurf in verständlicherer Sprache. Verantwortlich bleibt die Lehrkraft: Unterrichtende prüfen, ob fachliche Präzision, Punkteverteilung und Bezug zu den Ausbildungsordnungen weiterhin stimmen.

Die optimierten Aufgaben dienen dabei ausdrücklich der Vorbereitung: Sie werden in Lernsituationen, Übungsphasen und Förderkursen eingesetzt, damit Auszubildende Schritt für Schritt mit der Fachsprache vertraut werden. Ziel ist nicht, Prüfungen „leichter“ zu machen, sondern Lernende so zu stärken, dass sie am Prüfungstag mit realen Aufgaben und Originalterminologie sicher umgehen können.

Was sich in der DaZ-Praxis verändert

In der Fachgruppe DaZ ist der Effekt bereits spürbar. In Sitzungen werden Beispiele aus Arnold-AI vorgestellt und diskutiert bei positiven Reaktionen: Prüfungsaufgaben und Arbeitsblätter in einfacher Sprache helfen Auszubildenden, sich auf Inhalte und das fachliche Problemlösen zu konzentrieren, statt an Formulierungen zu verzweifeln.

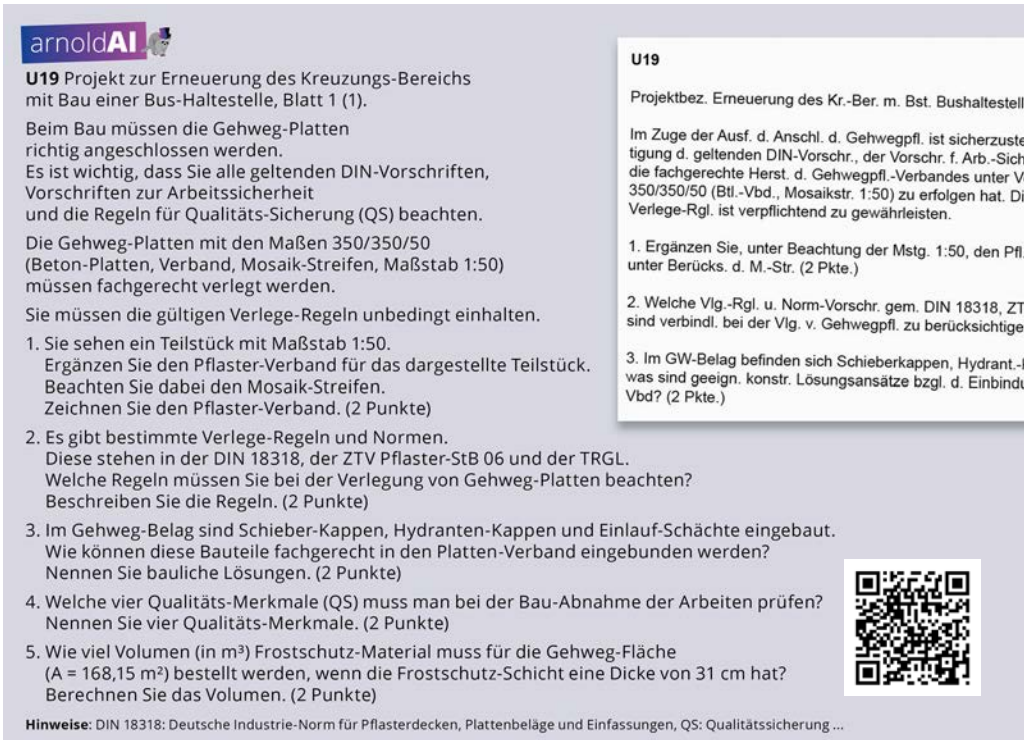
Die optimierten Versionen sind sprachlich und strukturell lernfreundlich: Aufgaben sind klar gegliedert, nutzen wiederkehrende Formate und benennen Fachbegriffe konsistent.

Die Stelle Inklusion bringt zusätzlich den Blick auf Nachteilsausgleiche und individuelle Förderpläne ein. Sie achtet darauf, dass Formulierungen auch für Jugendliche mit Lese-Rechtschreib-Schwierigkeiten, mit Aufmerksamkeitsproblemen oder mit anderen Förderbedarfen zugänglich sind. Die gemeinsame Arbeit im bodeWIKI schafft nachhaltige Transparenz: Entscheidungen zu sprachlicher Vereinfachung, Hilfsmitteln oder Zeitverlängerung werden nachvollziehbar dokumentiert.

Optimierte Prüfungsfragen als Beispiel – nicht als Endpunkt

Hier vorgestellt ist die Optimierung von Prüfungsaufgaben, weil sich gerade hier die Folgen sprachlicher Überforderung deutlich zeigen und die Arnold-Bode-Schule diesen eng umrissenen Bereich bewusst als Testfeld nutzt.

Das Prinzip ist aber weitergedacht: Arbeitsblätter oder andere Texte werden schrittweise in das System übernommen. Bereits entstandene Materialien und Arbeit fließen ein, etwa aus dem Vorlagenordner Fachdeutschförderung im Straßen- und Tiefbau. So wächst parallel zu den regulären Prüfungen ein Fundus an sprachsensibel aufbereiteten Unterlagen für Unterricht und Förderung.



Arnold-AI im bodeWIKI: Aus einer komplexen Original-Prüfungsfrage (rechts) entsteht eine sprachlich optimierte Version mit ergänzenden Hinweisen (links). Unten rechts: Link zum arnold-AI-Video auf Youtube.

Wichtig ist eine nüchterne Sicht: Die Integration von KI in das QM-System ersetzt keine personelle Ressource, sondern verschiebt Arbeitsschritte. Routinen wie die Auflösung von Passivsätzen kann die Technik übernehmen. Zeit für pädagogische Entscheidungen, Diagnostik oder Gespräche mit Auszubildenden bleibt weiterhin nötig.

Gemeinsame Verantwortung statt Einzellösung

Dass das Projekt gelingt, hängt nicht an einer einzelnen „KI-Beauftragten“, sondern an der gemeinsamen Zusammenarbeit vieler. Die Fachgruppe DaZ steuert sprachdidaktische und arbeitsfachliche Expertise bei, die Stelle Inklusion bündelt sonderpädagogisches Wissen, die Stelle Qualitätsmanagement-Technik sorgt für eine stabile technische Umsetzung der KI-Integration und Schulleitung und der Personalrat erweitern den Rahmen im QM-Team.

So entsteht ein Werkzeug, das ohne KI-Vorwissen im Kollegium genutzt werden kann. Niemand muss sich nebenbei in Prompt-Tricks einarbeiten, um eine sprachlich faire Klassenarbeit zu erstellen. Es sind auch keine Accounts bei externen Diensten notwendig und das Know-How kann fachgruppenübergreifend und nachhaltig genutzt werden.

„Man muss auch das Mögliche ermöglichen“ – das Leitbild der Arnold-Bode-Schule passt hier gut. Eine Berufsschule allein kann die strukturellen Probleme von Prüfungen oder die Unterfinanzierung der Sprachförderung nicht lösen. Sie kann aber zeigen, wie sich vorhandene Ressourcen bündeln lassen, um Barrieren im eigenen Einflussbereich abzubauen. Das bodeWIKI mit integrierter KI ist dafür kein Wundermittel, aber ein konkretes Ergebnis kollektiver Qualitätsarbeit.

Verfasser sind:
Izabella Maciag (DaZ)
Volker Vogel (Inklusion)
Norman Seeliger (QM, KI)

*Der **Didacta-Verband** fordert eine stärkere wirtschaftliche Mitgestaltung in der beruflichen Bildung. Die **IG Metall** teilt manche Ziele, stellt aber andere Grundprinzipien in den Mittelpunkt.*

Didacta-Positionspapier 2025 im Vergleich zu gewerkschaftlichen Positionen

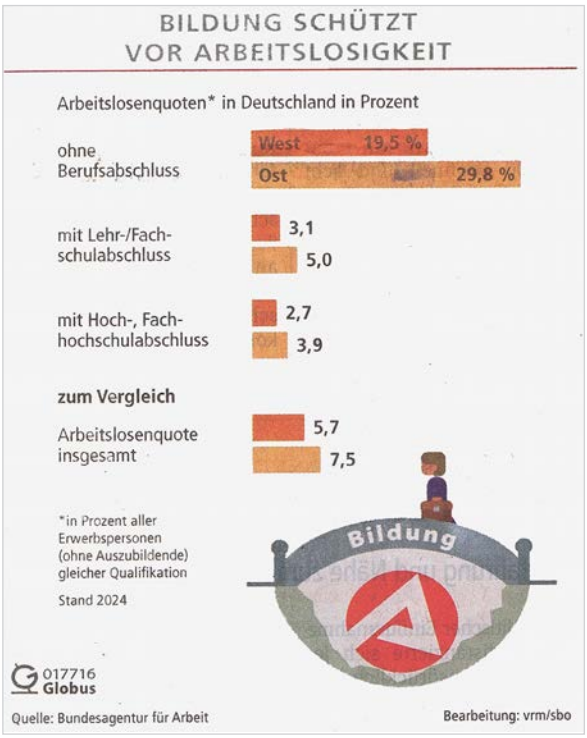
Was will die Bildungswirtschaft – und was fordert die IG Metall?

Der Didacta-Verband ist der Spitzenverband der deutschen Bildungswirtschaft. Er vertritt rund 240 Unternehmen, die Lehrmittel, Lernplattformen, Software und Ausstattung für Bildungseinrichtungen anbieten. Als ideeller Träger der Bildungsmesse „didacta“ versteht sich der Verband als Stimme der Bildungsindustrie. Er ist kein Sozialpartner, sondern Interessenvertreter wirtschaftlicher Anbieter. In politischen Debatten bringt er sich mit Positionspapieren in den Bildungsdiskurs ein, um den Bildungsmarkt und seine Rahmenbedingungen zu gestalten.

Mit dem Papier **„Berufliche Bildung zukunftssicher gestalten“** legt der Verband 2025 sieben Handlungsfelder vor, die stark auf wirtschaftliche Mitgestaltung ausgerichtet sind: Aus- und Weiterbildung stärken, Fachkräfte sichern, das duale System modernisieren, Basiskompetenzen fördern, digitale Transformation gestalten, Bildung als Wirtschaftstreiber und Bildung als Exportgut.

Gemeinsamkeiten mit der **IG Metall** bestehen in der grundsätzlichen Bedeutung der beruflichen Bildung für Fachkräftesicherung und gesellschaftliche Teilhabe. Beide fordern moderne Berufsschulen, qualifiziertes Lehrpersonal, aktuelle Lernmittel und durchlässige Bildungswege. Auch Inklusion, praxisnahe Berufsorientierung und die Förderung grundlegender Kompetenzen sind gemeinsame Anliegen.

Die Unterschiede liegen im politischen Grundverständnis. Während der Didacta-Verband Bildung als wirtschaftlichen Wachstumsfaktor und Wettbewerbsinstrument betrachtet, sieht die IG Metall sie als gesellschaftliche Aufgabe. Bildung soll nicht dem Markt folgen, sondern dem Anspruch auf gute Arbeit und soziale Sicherheit dienen. Die Gewerkschaft fordert deshalb verbindliche Qualitätsstandards, tariflich gesicherte Ausbildungsvergütungen, Übernahmegarantien und echte Mitbestimmung in allen Fragen der Ausbildung.



Auch die internationale Perspektive trennt die Positionen. Der Didacta-Verband versteht Bildung als Exportgut und spricht von Marktchancen für deutsche Bildungsunternehmen. Die IG Metall betrachtet dies kritisch: Für sie ist internationale Berufsbildungszusammenarbeit kein Absatzmarkt, sondern ein solidarisches Entwicklungsfeld, das auf Teilhabe, Nachhaltigkeit und faire Arbeitsbedingungen zielt.

Beim Thema Digitalisierung fordert Didacta den intensiven Einsatz von Künstlicher Intelligenz und die Rolle der Wirtschaft als Impulsgeber. Die IG Metall betont dagegen, dass technologische Innovation am Menschen ausgerichtet sein muss. Sie verlangt Qualifizierungsoffensiven, Datenschutz und ethische Leitplanken, damit KI nicht zu Leistungsdruck oder Kontrolle führt.

In der Weiterbildungspolitik tritt Didacta für flexible, marktorientierte Modelle und individuelle Verantwortung ein. Die IG Metall fordert ein Recht auf Weiterbildung, kollektive Finanzierung und öffentliche Verantwortung, damit Qualifizierung nicht zur Frage des Geldbeutels wird.

*Der Vergleich zeigt deutlich: Beide Akteure wollen eine starke berufliche Bildung. Doch während der **Didacta-Verband** Marktmechanismen und Wirtschaftsförderung betont, setzt die **IG Metall** auf Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Qualität. Zukunftssichere Bildung gelingt nur, wenn sie als gesellschaftliche Aufgabe verstanden wird – nicht als Geschäftsfeld.*

WAP – IG Metall 27.10.2025

Mindestausbildungsvergütung steigt 2026 auf 724 Euro

Anstieg um 6,2 Prozent im Vergleich zu 2025

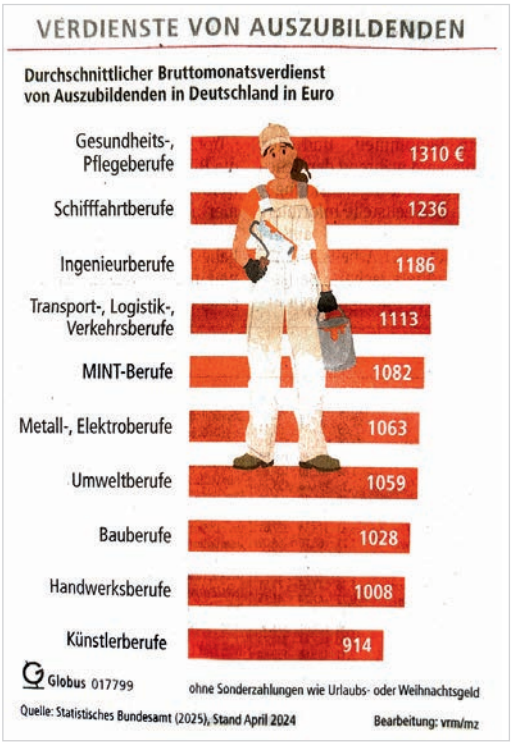
PM 28/2025 | 13.10.2025

Das **Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)** hat die Sätze der Mindestausbildungsvergütung gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) für das Jahr 2026 entsprechend dem gesetzlichen Anpassungsmechanismus berechnet. Für Auszubildende in dualen Ausbildungsberufen nach BBiG oder Handwerksordnung, die ihre Ausbildung zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2026 beginnen, steigt die Mindestvergütung im ersten Ausbildungsjahr um knapp 6,2 Prozent. Damit gelten folgende monatliche Mindestvergütungen:

- 724 € im ersten Ausbildungsjahr
- 854 € im zweiten Ausbildungsjahr
- 977 € im dritten Ausbildungsjahr
- 1014 € im vierten Ausbildungsjahr.

Die Mindestausbildungsvergütung gilt seit 2020 und ist eine gesetzlich festgelegte Untergrenze für die monatliche Ausbildungsvergütung. Sieht ein Tarifvertrag eine Ausbildungsvergütung unterhalb der Mindestausbildungsvergütung vor, dürfen sich tarifgebundene Ausbildungsbetriebe nach diesem Tarifvertrag richten. Für nicht tarifgebundene Betriebe gilt zusätzlich zur Mindestausbildungsvergütung, dass ihre Vergütung die für ihre Branche und Region geltenden tariflichen Sätze um maximal 20 Prozent unterschreiten darf.

Der weitaus größte Teil der Auszubildenden erhält eine Ausbildungsvergütung deutlich oberhalb der Mindestausbildungsvergütung. So erhielten im Jahr 2024 nach Berechnungen des BIBB die Auszubildenden in tarifgebundenen Betrieben über alle Ausbildungsjahre hinweg im Durchschnitt eine Ausbildungsvergütung von 1.133 Euro brutto im Monat.



Informationen: www.bibb.de/mindestausbildungsverguetung

Milliarden für Digitalisierung an Schulen

Die Schulen im Land sollen bis 2030 weitere fünf Milliarden Euro von Bund und Ländern für die Digitalisierung bekommen. Darauf einigten sich beide Seiten bei der Bildungsministerkonferenz in Berlin. Der sogenannte Digitalpakt 2.0 setzt auf den ersten Digitalpakt auf, der im Mai 2024 ausgelaufen war.

Dabei hatte sich der Bund, der eigentlich für die Schulen nicht zuständig ist, seit 2019 mit 6,5 Milliarden Euro beteiligt und 90 Prozent der Ausgaben für die Digitalisierung in den Schulen wie Laptops und digitale Tafeln getragen. Länder und Kommunen mussten zehn Prozent übernehmen.

Am Digitalpakt 2.0 sollen sich Bund und Länder mit je 2,5 Milliarden Euro hälftig beteiligen. Der Bundesanteil soll größtenteils aus dem sogenannten Sondervermögen für Infrastruktur kommen, einem schuldenfinanzierten Investitionsprogramm in Höhe von 500 Milliarden Euro.

DE 19.12.2025

HPRS

AUS DEM HAUPTPERSONALRAT SCHULE

Ein persönlicher Jahresrückblick Die Forderungen bleiben

Das Jahr 2025 war geprägt von der Diskussion um den seit Jahren herrschenden Lehrkräftemangel, der stotternden Umsetzung in der Digitalisierung und einer heterogenen Schülerschaft, die sich den immer stärker werdenden Herausforderungen in Politik und Wirtschaft stellen muss.

Die berufsbildenden Schulen (BBS) leiden insbesondere im Bereich der gewerblich-technischen Fachrichtungen unter einem eklatanten Mangel an qualifizierten Lehrkräften, der zum jetzigen Zeitpunkt weder mit TvH-Verträgen, noch mit den vom HPRS befürworteten QuiSS-Maßnahmen zu den erforderlichen Entlastungen in Organisation und Unterricht geführt hat.

Die Zahlen der LiVs für den Einstellungstermin 01.05. und 01.11.2025 zeigen, dass zwar im Nachrückverfahren LiVs mit Masterabschluss gewonnen werden können, ein spürbarer Ausgleich zur defizitären Lehrkräftesituation damit aber kurzfristig nicht zu erwarten ist.

Die angekündigten Mittelkürzungen an den hessischen Universitäten lassen nichts Gutes für das neue Jahr erwarten. An der TH Mittelhessen sollen Fachbereiche aus Gründen der Ersparnis zusammengelegt werden, an der TU Darmstadt die Studiengänge Lehramt an Berufsschulen (Bachelor) und Sportwissenschaften wegfallen, in Kassel fehlen rund 7 Million Euro im Jahr 2026 und an der Sanierung des in Teilen maroden Gebäudes der IG Farben der Universität Frankfurt ist nicht zu denken.

Wird von der Politik immer wieder kolportiert, dass die BBS das Rückgrat der regionalen Wirtschaft seien, so verwundert umso mehr, dass eine Angleichung schulischer Ausstattungen an Industriestandards in der politischen Agenda kaum auftaucht. Sanierungsstau, digitale Ausstattung und die Wartung der Infrastruktur bleiben eine Herausforderung – für das Ministerium UND die Schulträger!

Der Weihnachtsgruß des Ministers für den HPRS

An den Schulen bleiben auch weiterhin eine dauerhafte Finanzierung für IT-Administration sowie die Entlastung von Lehrkräften für Deputate, um besondere Aufgaben übernehmen zu können, ein Wunschtraum.

Bei der Weiterqualifizierung von lehrendem Personal lässt sich im Rückblick festhalten, dass unter den „Priothemen“ der Lehrkräfteakademie (LA) das Thema Medienbildung am stärksten nachgefragt war. Die Berufsorientierung, ein wichtiger Baustein in der Sekundarstufe I, wurde im Vergleich gering nachgefragt.

Die Einführung des kostenlosen Chatbot „telli“ über das Schulportal gegen Ende des Jahres 2025 wird als Unterstützung für Lehrkräfte bei der Unterrichtsvorbereitung, den organisatorischen Aufgaben und in der Unterrichtsdurchführung als datenschutzkonforme KI-Anwendung beworben. Ein von der LA angekündigtes umfangreiches Fortbildungsangebot für die Nutzung von“ telli“ darf unter Berücksichtigung der hohen Arbeitsbelastungen nicht ausschließlich in der unterrichtsfreien Zeit angeboten werden.

Die Heterogenität der Schülerschaft erfordert zur Entlastung der Lehrkräfte im Regelunterricht eine ausreichende Zahl an Sozialpädagogen und UBUS-Kräften, um in multiprofessionellen Teams den Erfordernissen einer sich schnell verändernden Gesellschaft gerecht zu werden. Dies konnte bisher noch nicht in dem erforderlichen Maße an den Schulen umgesetzt werden. Das zeigt, dass neben (oftmals unzureichenden baulichen Maßnahmen durch die Schulträger) Inklusion an den BBS aufgrund fehlender Ressourcen nicht in notwendigem Maße weiterentwickelt werden konnte.

Die Politik muss weg von einer Krisenverwaltung und hin zu einer nachhaltigen Qualitätsstrategie!

Bettina Happ-Rohé

Die Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte wird kommen – und Schule revolutionieren

Selbst der ignoranteste Kultusminister dürfte mittlerweile erkennen: Er kommt an der Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte nicht vorbei. Was auf den ersten Blick wie eine bürokratische Reform wirken mag, wird das Schulsystem grundlegend verändern. Denn wenn Schule sich nicht mehr nur über Unterrichtsstunden organisiert, steht auch das Prinzip „Lehrer, Fach, Klasse“ zur Disposition. Ein Kommentar von News4teachers-Herausgeber Andrej Priboschek.

Die Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte wird kommen. Nicht irgendwann, sondern bald, weil es nach zwei Grundsatzurteilen rechtlich unausweichlich ist. Das erkennen mittlerweile auch Kultusministerinnen wie Berlins Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU), die das Thema offen mit der Gewerkschaft diskutieren will. Ein Dammbruch.

Was bei der Diskussion gern übersehen wird: Mit der Arbeitszeiterfassung fällt das Deputatsmodell, wie ein Gutachten im Auftrag der Telekom Stiftung schon vor einiger Zeit ergeben hat (News4teachers berichtete). Und das ist mehr als eine technische Korrektur – es ist ein tektonisches Beben. Denn das Deputat ist das Fundament der bisherigen Schulorganisation: Lehrer, Fach, Klasse. Unterricht zählt, alles andere läuft nebenbei. Wer heute Dienst nach Vorschrift machen will, muss Überstunden leisten. Absurder geht’s kaum.

Damit ist bald Schluss. Wenn Arbeitszeit wirklich erfasst und anerkannt wird – die Vor- und Nachbereitung, Elterngespräche, Korrekturen, Klassenfahrten, Konferenzen, Teamsitzungen, Fortbildungen, Orga –, dann wird klar: Das geht nicht mehr im Einzelkämpfermodus. Dann braucht es multiprofessionelle Teams, gemeinsame Verantwortung, geteilte Aufgaben, ein Unterstützungssystem für Lehrkräfte. Dann braucht es neue Strukturen und nicht zuletzt auch Arbeitsplätze an den Schulen für Alle.

Was das bedeutet? Schule wird sich mehr verändern als durch jede Bildungsreform der vergangenen Jahrzehnte. Und zwar grundlegend. Ein bisschen Digitalisierung hier, ein bisschen Kompetenzorientierung dort – das alles war Kosmetik. Jetzt geht’s ans Eingemachte.

Und noch etwas steht damit zur Disposition: die Stoffhuberei. Wenn die Arbeitszeit endlich einen realistischen Rahmen bekommt, dann kommt zwangsläufig die Frage auf den Tisch, wie viel von dem, was heute in die Lehrpläne gestopft wird, eigentlich noch vermittelbar ist – ohne die Lehrkräfte und die Schülerschaft zu ruinieren. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Uhr tickt. Und diesmal ist es keine pädagogische Vision, die Veränderung bringt – sondern das Arbeitsrecht. Schule muss sich neu erfinden. Und zwar schnell.

News4teachers 19. Juni 2025

Ist das der Durchbruch?

Es gibt zwei Gerichtsurteile von 2019 (Europäischer Gerichtshof) und von 2022 (Bundesarbeitsgericht), welche die Arbeitgeber grundsätzlich dazu verpflichten, „ein objektives, verlässliches und zugängliches System einzuführen, mit dem die von einem Arbeitnehmer geleistete tägliche Arbeitszeit gemessen werden kann“. Die **KMK** negiert bisher diese Urteile bzw. vertritt die Auffassung, dass diese nicht für Lehrkräfte gelten würden. Auch das hess. Ministerium ist dieser Auffassung.

Inzwischen bröckelt die Front der Kultusminister in Deutschland gegen die Erfassung der Arbeitszeit von Lehrkräften. Bremen war das erste Bundesland, das aus der Phalanx der Verweigerer ausscherte – und im Mai 2025 einen Modellversuch zur Erfassung der Arbeitszeit von Lehrkräften für 2026 ankündigte. Und nun gibt sich Berlins Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) offen gegenüber der Idee, die Arbeitszeit von Lehrer*innen zu erfassen und will in einen ersten Meinungsaustausch mit der GEW treten.

Hintergrund: Laut einer neuen Studie, die Wissenschaftler*innen der Georg-August-Universität Göttingen mit Unterstützung der GEW erstellt und veröffentlicht haben, arbeiten Berliner Lehrkräfte im empirischen Mittel rund 100 Stunden mehr pro Jahr als die für Berliner Beamt*innen und Angestellte mit einer 40-Stunden-Woche vorgesehenen 1.772 Stunden. Die laut Gewerkschaft erstmals für Berlin wissenschaftlich erhobenen Daten basieren auf einer umfassenden Erhebung der tatsächlichen Arbeitszeit über ein gesamtes Schuljahr.

Dieter Staudt

Die hess. Landesregierung plant einschneidende Kürzungen bei der Lehrkräftebildung. In der HLZ 11/2025 skizzierte Roman George die geplanten Maßnahmen und nahm eine gewerkschaftliche Stellungnahme vor. Wir dokumentieren dazu einen Beitrag aus der FR sowie die Resolution des Hess. Politiklehrkräftetags vom 30.10.2025. Zum Schluss beleuchte ich den „Kahlschlag in der Lehrkräfteausbildung in Hessen" (DS).

Sparen beim Lehrkräftenachwuchs

Gutachten empfiehlt kürzeres Referendariat in Hessen
FR 03.10.2025 - Von: Peter Hanack

Tagungsstätten schließen, Fortbildungen streichen: Ein vertraulicher Bericht sieht Sparpotenzial bei der Hessischen Lehrkräfteausbildung. Gewerkschaft und Lehrerverbände warnen vor Qualitätsverlust.

Das Hessische Kultusministerium hat bei dem Beratungsunternehmen Prognos ein Gutachten zur Effizienz der Lehrkräfteausbildung in Hessen in Auftrag gegeben. Der Frankfurter Rundschau liegt der als „vertraulich" eingestufte Evaluationsbericht vor. Darin empfiehlt Prognos, das Referendariat von 21 auf 18 Monate zu verkürzen und bei Fortbildungen und Tagungsstätten zu sparen. Gewerkschaft und Lehrerverbände warnen vor einem drohenden Qualitätsverlust.

Die Prognos-Fachleute haben die vor gut zehn Jahren gegründete Hessische Lehrkräfteakademie unter die Lupe genommen. Der 50-seitige Evaluationsbericht listet eine Reihe von Mängeln vor allem in der Führungsstruktur und beim effizienten Einsatz von Mitteln und Personal auf. Zudem geben die Experten und Expertinnen Empfehlungen, wo gespart werden könnte.

Sparpotenzial in drei Bereichen

Die Prognos-Leute raten, den Mitteleinsatz je **Fortbildung** zu begrenzen. Priorisiert werden sollten Angebote zu Querschnittsthemen. Insgesamt ließen sich so finanzielle und personelle Ressourcen sparen. Da ein hoher Anteil der Angebote von abgeordneten Lehrkräften bestritten werde, könne bei einer Kürzung der Angebote ein Teil dieser Lehrkräfte an die Schulen zurückkehren.

©IMAGO/Jochen Tac

Auch das **Verhältnis von Ausbildungskräften zu Lehrkräften** im Referendariat erscheint den Fachleuten zu hoch. Die Ausbilder-Anzahl liege über dem geplanten Standard und solle „überprüft" werden. Im Ergebnis hieße das, dass Ausbilder und Ausbilderinnen mehr angehende Lehrkräfte betreuen müssten.

Drittens geht es um das **Referendariat** selbst. Dieses dauert in Hessen 21 Monate. Mit Ausnahme von Bayern und Thüringen, wo dieser Vorbereitungsdienst bis zu 24 Monate dauert, ist er in allen anderen Bundesländern kürzer, in der Regel dauert er 18 Monate. In Sachsen und Brandenburg ist es sogar nur ein Jahr.

Weniger Geld für neue Lehrkräfte

Würde Hessen auf 18 Monate verkürzen, rechnet Prognos mit einer Verringerung von 7,4 Prozent bei den Ausbildungsstunden und einer Ersparnis bei den Bezügen der Lehramtsanwärter und -anwärterinnen. Außerdem führen die Fachleute die vergleichsweise hohe Zahl von Unterrichtsbesuchen an. Diese betragen in Hessen 16, in allen anderen Bundesländern sind es deutlich weniger. Würde die Zahl der Besuche verringert, entlaste dies die Ausbildungskräfte, so Prognos.

Weiteres Sparpotenzial sieht das Gutachten bei den Tagungsstätten. Diese wiesen eine „deutliche Unterauslastung" auf. Zwei „Szenarien" werden dazu präsentiert. Zum einen könne der Betrieb in Weilburg eingestellt werden, Veranstaltungen sollten in Gießen stattfinden. Dies spare Personal-, Betriebs- und Instandhaltungskosten. Alternativ könne der Betrieb der Tagungsstätten vollständig eingestellt werden. Veranstaltungen könnten dann an den Standorten der Lehrkräfteakademie in Gießen und Alsfeld stattfinden.

Die Hessische Lehrkräfteakademie entstand aus dem Zusammenschluss mehrerer Bildungsinstitutionen. Gründungsdatum ist der 1. April 2015. Ziel war es, die Lehrkräfteausbildung effizienter und zielgerichteter zu machen. Die Bündelung sollte zudem die Qualität der Lehrkräftebildung verbessern.
Die Evaluation zehn Jahre nach Gründung zeigt Defizite vor allem in der Führungsstruktur auf. Das Personal müsse überproportional viele koordinierende Aufgaben übernehmen, monieren die Fachleute. Auch sei die Rollenverteilung zwischen Ministerium und Akademie unklar.

Resolution des 5. Hessischen Politiklehrkräftetages

verabschiedet am 30.10.2025 in Frankfurt

Sehr geehrter Herr Minister Schwarz,

die Teilnehmenden des 5. Hessischen Politiklehrkräftetages nehmen mit großer Sorge zur Kenntnis, dass Sie möglicherweise beabsichtigen, massive Kürzungen im Bereich der Lehrkräfteaus- und Fortbildung vorzunehmen.

Das Referendariat als zweite Phase der Lehrkräftebildung ist essenziell, um angehende Lehrkräfte systematisch zu professionalisieren. Vor dem Hintergrund der komplexen Aufgaben und Herausforderungen benötigt dieser Ausbildungsabschnitt Zeit – Zeit, um neue Fähigkeiten auszubilden, zu erproben und das eigene Handeln unter einer verlässlichen Betreuung in Schule und Studienseminar zu evaluieren. Eine Verkürzung des Referendariats würde aus unserer Sicht einen massiven Qualitätsverlust bei der Ausbildung der jungen Kolleginnen und Kollegen bedeuten.

Auch wenn Sie gleichzeitig planen, die Anzahl der Unterrichtbesuche zu reduzieren, würde eine kürzere Ausbildungsdauer die hohe Belastung, unter der die Referendarinnen und Referendare schon heute stehen, noch weiter erhöhen. Angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen, denen sich die Schulen stellen müssen, müssen die Kolleginnen und Kollegen bestmöglich ausgebildet werden. Inklusion, Integration, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Demokratie- und Medienbildung können neben gutem Fachunterricht und der Erziehungsaufgabe der Schule nur geleistet werden, wenn die Lehrkräfte sehr gut auf diese vielfältigen Aufgaben vorbereitet werden.

Als Lehrkräfte für die politische Bildung an hessischen Schulen sorgen wir uns v.a. um die Qualität des Fachunterrichtes in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern. Demokratiebildung und Extremismusprävention können nur gelingen, wenn die Lehrkräfte über eine sehr gute fachwissenschaftliche wie auch fachdidaktische und pädagogische Ausbildung verfügen. Schon heute beobachten wir aber, dass insbesondere der Unterricht in den Fächern der politischen Bildung vielfach fachfremd oder gar von Lehrkräften erteilt wird, die ohne Lehramtsprüfung eingestellt werden.

Sorge bereitet uns auch, dass es möglicherweise zu Einschnitten im Bereich der Fortbildung kommen soll. Ein umfangreiches und qualitatives hochwertiges Angebot an Fortbildungen ist eine notwendige Voraussetzung, damit Lehrerinnen und Lehrer den vielfältigen Herausforderungen im Schulalltag angemessen begegnen können. Die dritte Phase der Lehrkräftebildung trägt letztlich auch dazu bei, dass die Lehrkräfte jetzt – wie zukünftig – ihre Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die Herausforderungen des Lebens vorbereiten können.

Deshalb fordern wir Sie auf: Sparen Sie nicht an der Ausbildung derjenigen, die für die Zukunft der hessischen Schülerinnen und Schüler Verantwortung tragen. Investieren Sie in die Ausbildung und stärken Sie die Kolleginnen und Kollegen, damit diese ihren verantwortungsvollen Aufgaben auch gerecht werden können.

Benedikt Widmaier
Landesvorsitzender der DVPB/Hessen

Kahlschlag in der Lehrkräftebildung in Hessen!

Es ist unglaublich, aber leider wahr. Die Hess. Landesregierung und das zuständige Bildungsministerium sind anscheinend blind und taub gegenüber ihnen nicht genehmen Befunden und Studien:

- Der IQB Bildungstrend 2024 offenbart einen flächendeckenden Leistungsrückgang der Schülerinnen und Schüler – in allen Ländern, allen Schulformen und allen Fächern, auch in Hessen (s. S.20)
- Der Deutsche Schulbarometer attestiert im Oktober 2025 „Deutsche Lehrkräfte liegen bei Teamarbeit und Fortbildung international zurück“ .

Wer nun denkt, die hessische Politik werde solche Befunde aufnehmen und geeignete inhaltliche und strukturelle Gegenmaßnahmen ergreifen, der irrt gewaltig. Sie lässt vielmehr ein Gutachten (Prognos-Gutachten) erstellen, das unterm Strich ausschließlich Kürzungen vorschlägt (wahrscheinlich war das auch der Auftrag):

1. Verkürzung des Referendariats (Deutliche Einsparung bei Bezügen und Ausbildungsstunden)

2. Reduzierung des Zahlenverhältnisses zwischen Ausbildungskräften und LIV (Einsparung bei Ausbildungsstunden)

3. Überprüfung der Anzahl der Studienseminare und evtl. Zusammenlegungen.

4. Begrenzung der Mittel für Fortbildungen

5. Schließung von Tagungsstätten in Kassel (Reinhardswaldschule) und Weilburg.

Zu 3. Siehe hierzu der Beitrag „Leitungsstellen überflüssig“ im *i*nsider 1/2025, S. 17.

Zu 4. Was da noch zu begrenzen, sprich zu kürzen ist, erschließt sich mir nun wahrlich nicht. Die staatlich verantwortete und zum Teil auch durchgeführte Fortbildung wurde in den letzten Jahrzehnten zerschlagen, Fortbildung wurde den einzelnen Lehrkräften bzw. den Schulen überantwortet. Das Budget, das die Schulen für Fortbildung erhalten, ist mit 80 €/Stelle/Jahr geradezu lächerlich. Bspw. Eine Schule mit 110 Lehrkräften hat dafür 80 Stellen. 80 x 80 = 6 400 € für ein ganzes Jahr. Eine gute eintägige Fortbildung für das Kollegium oder einen Teil davon kostet 3 500 bis 4 000 €!!!!

Zu 5. In der aktuellen Pressemitteilung vom 13.11.2025 zum Haushalt 2026 verkündet das HMKB *„Unter anderem ist zudem gerade entschieden worden, dass der Seminarbetrieb der Lehrkräfteakademie an den unwirtschaftlichen Standorten Fuldatal und Weilburg sukzessive eingestellt und verlagert wird“*. Na denn, die Einsparorgie hat schon begonnen!

Um nicht missverstanden zu werden. Ich bin durchaus dafür, gewachsene Strukturen in gewissen Zeitabständen kritisch zu hinterfragen, auch hinsichtlich ihres Mitteleinsatzes zum sog. „Ertrag“. Ich selbst habe im *i*nsider 2/2025 auf S. 3 die Hess. Lehrkräfteakademie als Bürokratiemonster geschildert.

Wogegen wir uns als Gewerkschaft aber massiv wehren müssen ist, dass staatlich veranlasste Evaluationen a la Prognos ausschließlich unter dem Diktat von Einsparungen durchgeführt werden. Wir fordern Evaluationen, die darüber hinaus und in erster Linie unter der Fragestellung durchgeführt werden: welche inhaltliche und strukturelle Änderungen sind unter gesellschaftlich stark veränderten Bedingungen vorzunehmen, damit ein qualifizierter Unterricht mit bestens aus- und fortgebildeten Lehrkräften gelingt und so, dass alle Beteiligte sich mit Lust und Motivation dem Lernen öffnen. Dabei ist die qualifizierte Beteiligung der Betroffenen zu garantieren.

Die Politik macht derzeit jedoch wieder mal das Gegenteil!

Zur 1. Phase

Nachdem bisher in allen Beiträgen die 2. und 3. Phase der Lehrkräftebildung betrachtet wurden, blieb die 1. Phase, die universitäre Ausbildung, noch vollkommen aus dem Blick. Auch in diesem Bereich gibt es unerfreuliche Veränderungen, wobei ich mich hier nur auf die Entwicklungen an der TU Darmstadt, und hier nur auf den Bereich der Ausbildung für Lehrämter für berufliche Schulen, beziehen kann. Für eine hessen- oder gar bundesweite Betrachtung fehlen mir schlicht die Zeit und auch die persönlichen Beziehungen zu den Universitäten.

An der TUD wird seit über fünf Jahrzehnten erfolgreich das Studium zum Lehramt an berufsbildenden Schulen in vielen, vornehmlich technischen Fachbereichen, angeboten. Was geschieht derzeit?

Die Unterrichtsfächer Englisch und Sport wurden vor Jahren eingestellt. Das Fach Politik und Wirtschaft ist aktuell ausgesetzt.

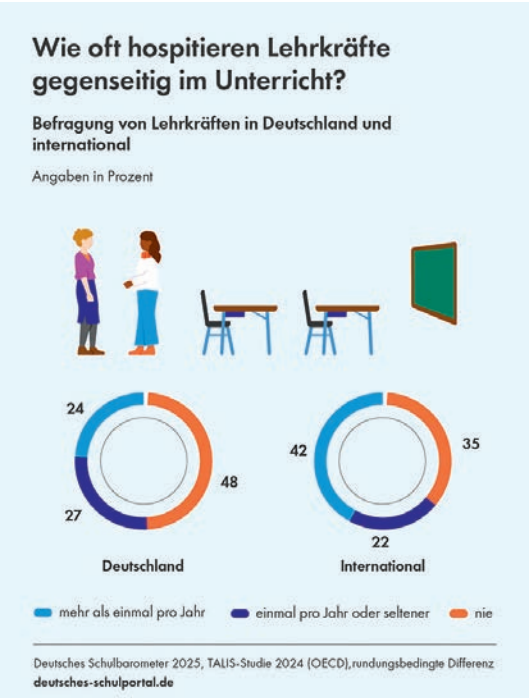
Die Aufnahme in das Bachelorstudium Education für Bautechnik ist derzeit gestoppt. Darüber hinaus gibt es Überlegungen an der TUD, den Studiengang Bachelor Education für das Lehramt völlig zu schließen. D.h., Personen, die ein Lehramt an BBS erwerben wollen, müssen zunächst den Bachelor Science in den Ingenieurwissenschaften absolvieren und könnten dann in den Master Education wechseln.

Ich halte fest: Auch an der TUD (wahrscheinlich auch anderswo) sind eindeutig ökonomische Treiber am Werke, pädagogische und qualitative Gesichtspunkte spielen keine Rolle. Und das Ganze geschieht nahezu unbemerkt, niemand bekommt es in den Schulen mit und das Ministerium mit dem langen Namen interessiert es offensichtlich auch nicht, vielleicht hat es auch nur die Tragweite dieser Änderungen nicht ermessen.

Fazit

Volkstümlich: die Lehrkräftebildung in Hessen kommt in allen 3 Phasen immer mehr auf den Hund. Diese Entwicklung wird vorangetrieben, obwohl alle (?) wissen (Hattie und andere lassen grüßen), dass gelingender Unterricht neben weiteren Gelingensbedingungen (z.B. Raum) nur mit hochqualifizierten, pädagogisch bestens ausgebildeten und motivierten Lehrkräften stattfinden kann!

Dieter Staudt



Zur Zukunft der Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)

Die Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen wird mit dem GEW Landesvorstand folgende Forderungen diskutieren:

1. Die Reform des Übergangssystems muss zügig umgesetzt werden. Der Schulversuch BÜA darf nicht ein weiteres Mal verlängert werden. Die GEW Hessen fordert die Landesregierung auf, die Textentwürfe für die notwendig werdenden Veränderungen im Schulgesetz und die neue Verordnung bis zu den Osterferien 2026 fertigzustellen. Nur so bleibt die notwendige Zeit zur Einholung von Stellungnahmen von Expert*innen aus Berufsbildenden Schulen, Gewerkschaften, Personalvertretungen und Arbeitgebervertretungen, die dann in Anhörungen diskutiert werden können.

2. Die Gestaltung von BÜA muss durchlässiger sein, so dass es keine schulischen Sackgassen für die Lernenden gibt. Eine Orientierung stellt das Modell der GEW-Hessen für eine Neue Berufsfachschule vom 25.08.2011dar.

3. Die im Rahmen des Modellversuchs BÜA bis jetzt befristeten Stellen für UBUS Kolleg*innen sind unverzüglich zu entfristen.

4. Die Abschlussprüfungen sind dezentral zu gestalten, um dem schulspezifischen Gestaltungsansatz von BÜA gerecht zu werden.

Diese Forderungen sind das Resultat einer erfolgreich durchgeführten GEW-Fachtagung zum Thema BÜA am 28.10.2025. Referent*innen und Teilnehmer*innen verdeutlichten einhellig, dass ein gelingendes Übergangssystem von der Schule in den Beruf notwendiger denn je ist.

Der Schulversuch BÜA wurde im Jahr 2017 erstmalig ausgeschrieben, die Laufzeit immer wieder verlängert. Die Überführung in die Regelform ist derzeit für 2027 geplant.

Das Land Hessen muss gerade in diesem Bereich gezielt Mittel zur Förderung von jungen Menschen in die Hand nehmen, um einer benachteiligten Gruppe im Bildungssystem Chancen für den Übergang in die Arbeitswelt und damit gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dies ist gerade jetzt umso wichtiger, weil sich die Situation am Ausbildungsmarkt dreht. Es stehen inzwischen mehr Ausbildungsplatzsuchende einer geringer werdenden Anzahl von Ausbildungsplatzangeboten gegenüber. Im neuesten Berufsbildungsbericht ist nachzulesen:

„So ging die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen (betrieblich und außerbetrieblich) im Vergleich zum Jahr 2023 um 1,2 % auf 556.100 zurück. Die Zahl der neu geschlossenen Ausbildungsverträge ist mit 486.700 ebenfalls leicht rückläufig (- 0,5 %). Die traditionelle Ausbildungsnachfrage ist dagegen um 0,4 % auf 517.900 gestiegen, die erweiterte Nachfrage nahm um 0,8 % (557.100) zu.“ (Seite 9)

Die Referentin Frau Dr. Seeber schlussfolgert deshalb, dass von der Einlösung des Grundrechts auf Berufswahlfreiheit nicht mehr gesprochen werden kann. So lange kein ausreichendes Ausbildungsangebot vorhanden ist, ist der Staat in der Pflicht, entsprechende alternative Angebote zu schaffen. Schon jetzt haben 2,84 Millionen junger Erwachsener zwischen 20 und 34 Jahren keinen formalen Berufsbildungsabschluss, was für diese häufig unregelmäßige Arbeitsbiografien und damit gravierende Konsequenzen zur Folge hat.

Damit BÜA ein Erfolg wird, ist eine breite Beteiligung von Expert*innen notwendig. In den Schulen gibt es diese. Der Kollege Sven Schulzig hat in seinem Impuls verdeutlicht, wie engagiert die Kolleg*innen an der Arnold-Bode-Schule in Kassel arbeiten und auf was es ankommt. Eine Beteiligung kann nur gelingen, wenn diese Diskussionen rechtzeitig angestoßen werden. Deswegen fordern wir eine schnelle Erstellung der rechtlichen Grundlagen ein.

Ein solcher Fachtag ermöglicht die direkte Kommunikation mit den Kolleg*innen. Am deutlichsten wurde der Unmut der UBUS Kolleg*innen. Sie werden von Jahr zu Jahr vertröstet und schilderten, dass viele von ihnen sich nach alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten umschauen. Frau Dr. Seeber referierte hierzu Untersuchungsergebnisse, die zeigen, dass der gelingende Übergang in die Berufsausbildung und der Verbleib in derselben von intensiver sozialpädagogischer Betreuung abhängen. BÜA wird nur dann Erfolg haben, wenn multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, sozialpädagogischen Fachkräften und Sozialarbeiter*innen zusammenarbeiten.

Siehe hierzu auch den Artikel „Impulse für die Bildungslandschaft“ in der HLZ 12/2025 S. 20.

neue Publikationen

Tim Marshall

Die Geografie der Zukunft

Wie der Kampf um Vorherrschaft im All unsere Welt verändern wird

Spionagesatelliten in der Umlaufbahn des Mondes, Abbau wertvoller Bodenschätze auf Asteroiden, Menschen auf dem Mars innerhalb der nächsten zehn Jahre – das ist keine Science-Fiction, sondern geopolitisches Kalkül. Wer im All dominiert, herrscht über die Welt. Tim Marschall zeigt, wie der Kampf um die besten Plätze im Weltraum aktuell aussieht, wie die Großmächte Russland, China und die USA, aber auch kleinere Nationen voranschreiten und welche strategischen Ziele dahinterstehen. Der Weltraum ist das neue strategische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Schlachtfeld unserer Zeit. Weitgehend gesetzlich unreguliert, steht das verheißungsvolle Eroberungsgebiet künftig im Zentrum internationaler Geopolitik.

Tim Marshall zeichnet den Wettlauf um die Vorherrschaft im All in seiner ganzen Dramatik packend nach.

ISBN 9 783423 352383

Matthias Meisner/Paul Starzmann

Mut zum Unmut

Eine Anleitung zur Politischen Widerspenstigkeit

Es gibt eine gute Kraft der Renitenz – gerade jetzt, wo negative Nachrichten alles zu dominieren scheinen. Dieses Buch will, dass wir aktiv werden, Gleichgültigkeit ablegen, Nein sagen, Anecken – im Job, auf der Straße und in der Politik.

Meisner und Starzmann zeigen an konkreten Fällen, warum es gefährlich ist, wenn niemand mehr den Mut hat, sich querzustellen. Aber wie geht konstruktiver Ungehorsam? Dafür werden prominente Beispiele angeführt, Menschen, die unbequem sind und waren, aufbegehrten und ihre Finger in Wunden legten wie Petra Kelly, Kevin Kühnert, Werner Schultz, Marco Wanderwitz, Kristian Hänel, Anne Wizorek und viel andere.

Eine Mischung aus Ratgeber, politischem Sachbuch und Streitschrift – mit Inspirationen für alle, die mit den aktuellen Zuständen unzufrieden sind.

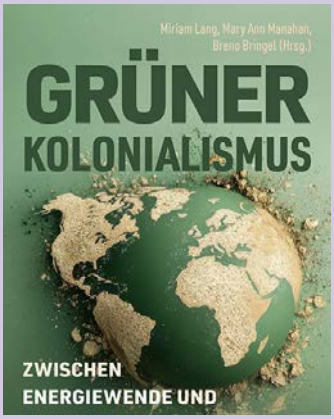
ISBN 978-3-8012-0707-6

Miriam Lang/Mary Ann Manahan/ Breno Bringel (Hrsg.)

Grüner Kolonialismus

Zwischen Energiewende und Globaler Gerechtigkeit

Die Klimakrise duldet keinen Aufschub – doch sind die Lösungen des Globalen Nordens wirklich nachhaltig? Während Europa, China und zum Teil auch Nordamerika auf erneuerbare Energien, Elektroautos und Wasserstoff setzen, bleibt eine unbequeme Wahrheit verborgen: Diese Wende basiert auf dem massiven Abbau strategischer Rohstoffe im Globalen Süden. Unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit entstehen neue Ungerechtigkeiten – für Mensch und Umwelt.



Dieses Buch deckt die Schattenseiten der grünen Wende auf. Mit Stimmen aus dem Globalen Süden beleuchtet es, wie grüner Kolonialismus Ressourcen ausbeutet, bestehende Abhängigkeiten vertieft und wirklich nachhaltige Alternativen verdrängt. Klimagerechte Zukunft ist nur mit globaler Gerechtigkeit möglich. Eine unverzichtbare Lektüre für alle, die sich für eine Welt einsetzen, in der das Leben im Mittelpunkt steht!

ISBN 9 783987 261671

Psychische Belastungen junger Menschen

Nicht nur Corona hat tiefe Spuren bei jungen Menschen hinterlassen. Junge Menschen wachsen heute in einer Welt der Ungewissheit und der tiefgreifenden Krisen auf. Kriege, Zerstörung, Umweltzerstörung und Klimaveränderung, wirtschaftliche Unsicherheit, wachsende Armut, Zunahme antidemokratischer Tendenzen, wachsende Fremdenfeindlichkeit, Flucht- und Kriegserfahrung, Wohnungsnot, Zweifel in die herrschende Politik, Zukunftsängste. All diese Schlagworte kennzeichnen das Umfeld, in dem die jungen Menschen heute aufwachsen. Auch wenn manche Studien den jungen Menschen dennoch Zuversicht und Vertrauen aussprechen, so ist aber auch klar: Es gibt eine deutliche Zunahme objektiver und subjektiv erlebter psychischer Belastungen bei den jungen Menschen.

Und damit werden die Kolleginnen und Kollegen auch und insbesondere an den berufsbildenden Schulen konfrontiert. Insofern sollte das Problem der wachsenden psychischen Belastungen und ihrer Folgen sensibel in unseren Schulen wahrgenommen und entsprechende Strategien entwickelt werden.

Von daher haben wir – subjektiv wie immer – drei Stimmen ausgewählt, die hierzu Anregungen geben können. Die Zitate sind gekürzt entnommen aus dem didacta-magazin 3/2025.

Dieter Staudt

Nehmt unsere Sorgen ernst

Immer mehr Jugendliche leiden an psychischen Erkrankungen wie Depression oder Angststörung. Mehr als jeder vierte Schüler beschreibt seine eigene Lebensqualität als gering. Jeder fünfte Schüler berichtet von einem geringen schulischen Wohlergehen. 78 Prozent der Lehrkräfte fühlen sich nicht ausreichend ausgebildet, um mit psychisch belasteten Schülern umzugehen.

Wir erwarten von Politik und Gesellschaft ein Umdenken. Effektives Lernen findet dort statt, wo motivierte, belastbare und gesunde Schüler im Klassenzimmer sitzen. Dafür muss Schule ein Ort sein, an dem man sich wohlfühlen kann. Ein Ort, der Kinder und Jugendliche zu motivierten, belastbaren und resilienten Teilnehmenden der Gesellschaft macht. Dafür brauchen wir mehr Schulsozialarbeit und Schulpsychologie, ein Umdenken bezüglich Benotungs- und Prüfungskultur sowie ein Schulhausbau, der Wellbeeing in den Fokus rückt. Vor allem aber brauchen wir Erwachsene, die unsere Sorgen ernst nehmen!

Quentin Gärtner,
Bundesschülerkonferenz

Stark, widerstandsfähig und zuversichtlich

Wenn wir die psychische Gesundheit unserer Schüler/-innen stärken wollen, müssen wir präventiv handeln. Die Positive Psychologie fragt: Was macht Menschen stark, widerstandsfähig und zuversichtlich? Das PERMA-Modell benennt fünf zentrale Wirkfaktoren psychischen Wohlbefindens: Positive Emotionen, Engagement, gelingende Beziehungen, Sinn und das Erleben von Wirksamkeit. Schulen, die diese Prinzipien bewusst in ihre Kultur integrieren, fördern nicht nur das Lernen, sondern auch die seelische Gesundheit ihrer Schüler/-innen. Psychische Gesundheit beginnt in der Beziehung. Und Schule bietet jeden Tag unzählige Chancen, stärkende Beziehungen zu gestalten.

Sven von der Heyde,
Berater für Positive Leadership

Selbstwirksamkeit erleben

Für eine gesunde Entwicklung brauchen Kinder und Jugendliche das Erleben von Selbstwirksamkeit, sozialer Zugehörigkeit und Mitgestaltung im schulischen Alltag. Diese Grundbedürfnisse haben Einfluss auf ihre individuelle Entfaltung, auf die Motivation und auf ihre psychische Gesundheit und müssen

daher im schulischen Alltag gezielt gestärkt werden. Viele Schüler/-innen erleben jedoch das Gegenteil: ständige Bewertung, wenig Einfluss und Autonomie, kaum emotionale Sicherheit. Dies beeinträchtigt die Entwicklung jener Selbstregulationsfähigkeit, die es braucht, um mit Emotionen, Impulsen und Gedanken bewusst umzugehen – eine Schlüsselkompetenz, um individuelle Herausforderungen zu bewältigen und sich selbstwirksam zu erleben. In einer Schule, die das seelische Wohlbefinden ihrer Schüler/-innen bewusst in den Blick nimmt, braucht es von Seiten der Lehrkräfte eine entsprechende Haltung, positive Vorbilder und die Entwicklung einer neuen Schulkultur. So entstehen Räume, in denen junge Menschen wachsen können – begleitet, gefördert und gesehen.

Mandy Geisler,
Heraeus Bildungsstiftung

Ausbildungsmarkt weiter tief in der Krise: Politik und Betriebe sind gefordert

6. November 2025
IAB-Debattenbeiträge

Trotz vieler unbesetzter Ausbildungsstellen sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2024 erneut und liegt weiterhin deutlich unter dem Vor-Corona-Niveau. Gleichzeitig wächst die Zahl junger Erwachsener ohne Berufsabschluss. Die betriebliche Ausbildung muss attraktiver und zugänglicher werden.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zu Beginn des Ausbildungsjahres ist 2024 wieder auf 487.000 gesunken. Damit ist die langsame Erholung seit dem starken Einbruch 2020 zum Ende gekommen. Die Zahl lag nach Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung um 7,3 Prozent unterhalb des Wertes von 2019. Somit konnte der Corona-Einbruch in der Ausbildung bisher nicht aufgeholt werden – ein Alarmsignal für die Fachkräftesicherung angesichts der Tatsache, dass laut Analysen des IAB alterungsbedingt weitaus mehr Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung in Rente gehen, als neu Ausgebildete nachkommen.

Trotz der seit nahezu drei Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase bieten viele Betriebe weiterhin Ausbildungsplätze in großer Zahl an. Deren Zahl stieg zwischen 2022 und 2024 sogar um 0,9 Prozent, während die Zahl der offenen Stellen am Arbeitsmarkt insgesamt im gleichen Zeitraum (jeweils drittes Quartal des jeweiligen Jahres) um 29,7 Prozent zurück ging.

Laut IAB-Betriebspanel verharrte der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen 2024 mit 33 Prozent nahe seinem bisherigen historischen Höchststand von 35 Prozent im Jahr 2023. Besonders hart betroffen sind Kleinstbetriebe mit 58 Prozent wie auch die Branchen Baugewerbe und personennahe Dienstleistungen mit 44 beziehungsweise 40 Prozent. In der Mehrzahl der Fälle findet sich schlicht und ergreifend kein ausreichendes Bewerberangebot. Oft scheitert die Besetzung an – aus Sicht der Betriebe – mangelnder Ausbildungsreife oder daran, dass geeignete Bewerberinnen und Bewerber kurzfristig abspringen.

Gleichzeitig wurden 2023 29,7 Prozent aller Ausbildungsverhältnisse vorzeitig beendet – ein neuer Höchststand. Die Gründe reichen von falschen Erwartungen über mangelnde Passung bis hin zu fehlender Betreuung im Betrieb. Zugleich ging die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Ausbildungen seit 2020 stark zurück (circa minus 7,5 Prozent), nachdem sie sich Ende der 2010er Jahre wieder erholt hatte.

Alles dies zeigt, dass es dem Arbeitsmarkt an neuen Fachkräften mangelt. Dies nehmen auch die ausbildenden Betriebe so wahr. Deshalb erreichte die Übernahmequote von Auszubildenden mit erfolgreichem Abschluss im Jahr 2024 mit 79 Prozent einen neuen Höchststand.

Das Gesamtbild ist dennoch dramatisch, wäre aber verständlich, wenn es das Ergebnis eines Rückgangs der Zahl junger Menschen wäre, für die eine betriebliche Ausbildung in Frage kommt. Tatsache ist aber, dass trotz vieler unbesetzter Ausbildungsplätze die Zahl junger Erwachsener ohne Berufsabschluss stark ansteigt.

Rund 2,9 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren verfügen laut dem Berufsbildungsbericht 2023 über keinen Berufsabschluss, besonders häufig Menschen mit Migrationshintergrund. Viele Jugendliche mit Ausbildungswunsch finden keine passende Ausbildungsstelle, andere entscheiden sich angesichts von Unsicherheit und Orientierungslosigkeit für einen längeren Schulbesuch oder gehen einer Helfertätigkeit nach, die kurzfristig finanziell attraktiv erscheint.

All dies lässt auf ein gravierendes Matching-Problem schließen: Ausbildungsangebote und Ausbildungsnachfrage passen oft nicht zusammen.

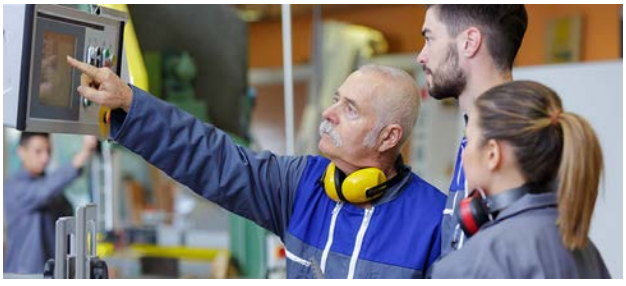
In aller Kürze

- Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist 2024 wieder gesunken und liegt rund 7 Prozent unter dem Niveau von 2019. Trotz wirtschaftlicher Schwäche bieten Betriebe weiterhin viele Ausbildungsplätze an, doch ein Drittel davon bleibt unbesetzt.

- Die Zahl junger Erwachsener ohne Berufsabschluss steigt, zugleich beklagen viele Betriebe eine mangelnde Ausbildungsreife.

- Notwendig ist eine Steigerung

der Attraktivität der betrieblichen Ausbildung, eine intensivere und zugleich zielgruppenorientiertere Berufsorientierung, eine individuellere Begleitung in Ausbildung und eine gesellschaftliche Aufwertung der beruflichen Bildung.



Berufsbildungsbericht 2025 veröffentlicht

BIBB-Hauptausschuss verabschiedet Stellungnahme

PM 35/2025 | 05.11.2025

Der Berufsbildungsbericht 2025 ist am heutigen Mittwoch nach der Verabschiedung durch das Bundeskabinett vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) veröffentlicht worden (bmbfsfj.bund.de/berufsbildungsbericht2025). Parallel mit dem Erscheinen des Berufsbildungsberichts veröffentlicht der **Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)** auch seine Stellungnahme.

In seiner gemeinsamen Stellungnahme betont der BIBB-Hauptausschuss, dass die berufliche Aus- und Fortbildung sowohl für die Unternehmen als auch für die kommenden Generationen von großer Bedeutung sei und die Deckung des künftigen Fachkräftebedarfs eine zentrale Herausforderung darstelle.

Zur Stärkung der Berufsbildung sowie zur Steigerung der Neuvertragszahlen seien unter anderem eine Reduktion der Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt, eine Erhöhung des Stellenwerts der beruflichen Orientierung an allen Schulen sowie eine Förderung der Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung erforderlich.

Die neue Bundesregierung ruft der BIBB-Hauptausschuss dazu auf, "die Berufsbildung im Blick zu behalten und hier deutlich spürbare Impulse zu setzen". Sozialpartner und Länder stünden als Kooperationspartner zur Verfügung.

Die gemeinsame Stellungnahme des BIBB-Hauptausschusses sowie die ergänzenden Voten der Gruppen der Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder im Wortlaut: www.bibb.de/dokumente/pdf/stellungnahmezumbbb2025.pdf

Der BIBB-Hauptausschuss hat die gesetzliche Aufgabe, die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Berufsbildung zu beraten. Dazu gehört laut Berufsbildungsgesetz (BBiG) auch die Stellungnahme zum Entwurf des Berufsbildungsberichts. Der Hauptausschuss ist zu gleichen Teilen mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen besetzt.

BIBB veröffentlicht Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2025

PM 34/2025 | 05.11.2025

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat seinen Datenreport 2025 veröffentlicht. Er enthält umfassende Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland und ergänzt den Berufsbildungsbericht der Bundesregierung.

Aus Anlass der Veröffentlichungen erklärt BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser: "Für die Realisierung der Transformations- und Wachstumsziele sind gut ausgebildete Fachkräfte unerlässlich. Die Ausbildung im dualen System kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten. Leider stagnierte jedoch die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2024, und trotz einer leicht erhöhten Nachfrage junger Menschen nach einer dualen Berufsausbildung blieben viele Ausbildungsstellen unbesetzt, und die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, die bei der Ausbildungsstellensuche erfolglos waren, ist gestiegen.

Zudem sind knapp drei Millionen Menschen unter 35 Jahre ohne Berufsabschluss und rund eine Million junge Menschen, die sich weder in Schulbildung, Ausbildung, Studium noch im Erwerbsleben befinden, arbeitsmarktpolitisch nicht vertretbar.

Um für mehr Ausbildungsdynamik und Arbeitsmarktperspektiven zu sorgen, muss sich die berufliche Bildung deshalb zwingend weiterentwickeln und mit ihren Angeboten flexibler, inklusiver und exzellenter werden. Wenn es um die Nutzung der Potenziale der Zuwanderung geht, müssen wir ebenso besser werden. Ansonsten wird die Umsetzung der dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen, zum Beispiel für die Sicherung und den Ausbau der Infrastruktur in Deutschland, an fehlenden Fachkräften scheitern!"

Der BIBB-Datenreport kann unter https://www.bibb.de/datenreport-2025 kostenlos heruntergeladen werden.

IQB-Bildungstrend 2024

Im IQB-Bildungstrend 2024 (veröffentlicht 16.10.2025) wurde zum dritten Mal das Erreichen der Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK) in den Fächern Mathematik, Biologie, Chemie und Physik in der Sekundarstufe I überprüft.

Die Ergebnisse

Die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2024 fallen wenig erfreulich aus. In allen vier untersuchten Fächern werden die Regelstandards seltener erreicht und die Mindeststandards häufiger verfehlt als noch 2018 bzw. 2012. Im Jahr 2024 verfehlen im Fach Mathematik insgesamt knapp 9 Prozent aller Neuntklässler*innen den Mindeststandard für den Ersten Schulabschluss (ESA) und ungefähr 34 Prozent den Mindeststandard für den Mittleren Schulabschluss (MSA). Auch in der Teilpopulation der Neuntklässler*innen, die mindestens den MSA anstreben, sind die Entwicklungen ungünstig. Hier hat sich der Anteil der Jugendlichen, die den Mindeststandard für den MSA verfehlen, um rund 5 bis 9 Prozentpunkte erhöht und liegt im Jahr 2024 bei etwa 24 Prozent der Jugendlichen in Mathematik bzw. 10 Prozent in Biologie, 25 Prozent in Chemie und 16 Prozent in Physik (jeweils Fachwissen). Die Anteile der Neuntklässler*innen, die in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern die abschlussbezogenen Anforderungen der Bildungsstandards nicht erfüllen, sind also erheblich gestiegen und insbesondere in den Fächern Mathematik und Chemie im Jahr 2024 deutlich zu hoch.

Bundesweite Bilanz

Der IQB-Bildungstrend 2024 offenbart einen flächendeckenden Leistungsrückgang – in allen Ländern, allen Schulformen, allen Fächern. Bundesweit verfehlen 34 Prozent der Jugendlichen in Mathematik die Mindeststandards (2018: 24 Prozent), 25 Prozent in Chemie, 16 Prozent in Physik und 10 Prozent in Biologie. Das Institut sieht die Ursachen in den Pandemiefolgen, der sozialen Spaltung, psychischen Belastungen und zunehmender Mediennutzung. „Die Schule ist ein Spiegel gesellschaftlicher Veränderungen“, so die Autoren.

Hessen – Schwache Leistungen, hohe Heterogenität

Hessens Neuntklässler schneiden ähnlich schlecht ab wie in NRW. Mathe: 462 Punkte, Biologie: 452, Chemie: 460, Physik: 462. Mehr als die Hälfte (51,9 %) der getesteten Jugendlichen hat einen Migrationshintergrund – der höchste Wert Deutschlands. Das IQB spricht von „besonders schwachen Ergebnissen“ in Mathematik und „überwiegend ungünstigen Abweichungen“ in den Naturwissenschaften.

Zusammenstellung aus verschiedenen Quellen: Dieter Staudt

Was ist die IQB-Studie?

Der IQB-Bildungstrend wird vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen im Auftrag der Kultusministerkonferenz erhoben. Er prüft regelmäßig, ob Schüler bundesweite Bildungsstandards erreichen. 2024 wurden dafür über 48.000 Neuntklässler getestet.

GEW: „Erschreckende Ergebnisse – Fehler im System“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) stellt mit Blick auf die Befunde des „Bildungstrends 2024“ des IQB fest: „Die Ergebnisse sind erschreckend“, sagte Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule. Um den Abwärtstrend der Schülerleistungen in Mathematik und Naturwissenschaften zu stoppen, schlug sie höhere Finanz- und Personalressourcen, aber auch eine Abkehr von der frühen Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in unterschiedliche Schulformen vor. „Das Bildungssystem in Deutschland ist seit Jahrzehnten deutlich unterfinanziert. In allen Bildungsbereichen, insbesondere in Kitas und den Schulen, herrscht ein riesiger Fachkräftemangel“, sagte Bensinger-Stolze. „Anstatt die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte zu verbessern und damit die Attraktivität zu steigern, versuchen einige Bundesländer, die Unterrichtsstunden für Lehrkräfte zu erhöhen. Anstatt kleinere Klassen einzurichten, vergrößern sie diese. Bildungsmonitoring müsse aus mehr als dem Abprüfen der Leistungsstandards bestehen. „Schulqualität bemisst sich auch an der bedarfsgerechten Finanzierung und Personalausstattung sowie an guten Lern- und Arbeitsbedingungen“, hob Bensinger-Stolze hervor.

GEW-PM 16. Oktober 2025 – gekürzt

In Hessen gibt es deutschlandweit mit die wenigsten Jugendlichen ohne Schulabschluss

PM 30.10.2025, Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen

Hessen gehört in der Förderung junger Menschen, die sich um einen ersten Schulabschluss bemühen, zu den erfolgreichsten Ländern. Es verzeichnet weiterhin deutschlandweit mit die wenigsten Jugendlichen, die ohne eine solche Qualifikation die Schule verlassen.

Während sich der Bundesdurchschnitt hierbei auf eine Quote von 7,9 Prozent (zuvor 7,2 Prozent) veränderte, erreicht Hessen 6,2 Prozent (zuvor 5,9 Prozent). Das Land liegt damit bei den Abgängerinnen und Abgängern ohne Hauptschulabschluss wieder mit vorne, knapp hinter Bayern (6,1 Prozent), dahinter folgen Hamburg (6,6 Prozent) und Baden-Württemberg (6,9 Prozent). Das ergeben die aktuellsten Erhebungen des Statistischen Bundesamtes und der Kultusministerkonferenz für das Jahr 2024.

Bildungsminister Armin Schwarz: „Wir setzen uns mit ganzer Kraft und unseren zielgerichteten Programmen dafür ein, dass jeder junge Mensch bei uns in Hessen die Chance auf einen erfolgreichen Bildungsweg erhält. Mehr qualifizierte Abschlüsse und weniger Schulabbrüche stärken die Zukunftsperspektiven."

Rund 3.700 Schülerinnen und Schüler haben in Hessen im Jahr 2024 die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen. Rund 2.120 Jugendliche (knapp 58 Prozent aus der Gesamtgruppe) erhielten aufgrund einer Beeinträchtigung ihrer Bildungs-, Entwicklungs- oder Lernmöglichkeiten eine sonderpädagogische Förderung (Förderschwerpunkt Lernen oder Förderschwerpunkt geistige Entwicklung) und strebten in angepassten Bildungsgängen spezielle Abschlüsse außerhalb des Hauptschulabschlusses an.

Bei der Schulabbrecherquote wird der jeweilige Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung gemessen.

Für Hessen als Flächenland mit der höchsten Migrationsquote (38,5 Prozent), in dessen Schulen auch besonders viele Kinder aus zugewanderten und geflüchteten Familien unterrichtet werden, bestätigt das Ergebnis die umfangreichen Fördermaßnahmen. Im bundesweiten **Bildungsmonitor** (s. Kasten) wurde zuletzt die schulische Integrationsleistung besonders herausgestellt. Auch die hohe Quote ausländischer Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen, die eine Qualifikation für ein Studium haben, liegt über dem Bundesdurchschnitt. Besser als im Durchschnitt der anderen Länder fiel in Hessen laut Bildungsmonitor der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aus.

Intensive Sprachförderung beginnend vor der Einschulung und spezielle Programme

Die niedrige Schulabbrecherquote ist vor allem den umfangreichen Sprachfördermaßnahmen in hessischen Schulen zuzuschreiben. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für schulischen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe.

- In verpflichtenden Vorlaufkursen werden Kinder mit Sprachdefiziten in Deutsch im Jahr vor der Einschulung intensiv auf den Unterricht in der Grundschule vorbereitet. Hessen ist hier Vorreiter.

- Der Deutschunterricht ist in der Grundschule stetig ausgebaut worden. Seit dem vergangenen Schuljahr wird in allen zweiten Klassen eine zusätzliche Deutschstunde durchgeführt.

- Zugewanderte oder geflüchtete Kinder und Jugendliche werden in speziellen Deutsch-Intensivkursen unterrichtet.

- Schulen in besonders herausfordernden sozialen Lagen werden mit Extramitteln ausgestattet, um unter anderem multiprofessionelle Teams zur Unterstützung der Lehrkräfte vor Ort einzusetzen, Förderunterricht, Hausaufgabenhilfe oder sozialpädagogische Förderung zu ermöglichen.

- Spezielle Programme wie „PUSCH – Praxis und Schule" unterstützen abschlussgefährdete Schülerinnen und Schüler bei der Vermittlung von Basiskompetenzen und der Steigerung ihres Selbstwertgefühls und ihrer Motivation.

Anmerkung: *Können Darstellungen kontrastreicher sein. Hier der IQB-Bildungstrend, der Hessen überdurchschnittlich schwache Leistungen der Schülerinnen und Schüler attestiert und da die selbsterhöhende Pressemitteilung des hess. Bildungsministeriums.*

Dieter Staudt

22. INSM-Bildungsmonitor 2025: Hessen verbessert sich auf Rang 6

Vergleichsweise wenige ausländische Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss.

Der Anteil der Berufsschüler mit Fremdsprachenunterricht ist gering.

Aus: Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Im insider 03/2025 haben wir auf S. 7ff. die Stellungnahme der GEW-Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen zum ministeriellen Entwurf der Fachklassenverordnung veröffentlicht. Auf dieser Grundlage hat die GEW Hessen ihre offizielle Stellungnahme zur „Neufassung der Verordnung über die Organisation und den Unterricht in den Fachklassen der Berufsschulen (Fachklassenverordnung – FachKlV)“ am 06.10.2025 an das HMKB gerichtet.

Diese Stellungnahme kann bei der Redaktion angefordert werden ***(DS).***

Zum Projekt „Zukunftsfähige Berufsschule“ der hessischen Landesregierung-Resolution

Präambel

Der Gesamtpersonalrat Schule des Schulamts für den Kreis Bergstraße und den Odenwaldkreis vertritt insgesamt rund 4500 Lehrkräfte an 117 Schulen, darunter vier berufsbildende Schulen. Aus zahlreichen Gesprächen mit Vertretern von Unternehmen, Auszubildenden und der Schulträger ist die Notwendigkeit deutlich geworden, dass die berufliche Bildung in Hessen reformiert und zukunftsfähig gestaltet werden muss. Wir messen dabei dem **Projekt „Zukunftsfähige Berufsschule“** des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen (HMKB) besondere Bedeutung bei. Aus unserer Sicht ist das Projekt die umfangreichste Reform im berufsbildenden Bereich seit langem und wird die duale, wohnortnahe Ausbildung im erheblichen Umfang beeinträchtigen, mit negativen Auswirkungen für die lokale Wirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums insgesamt.

Hintergrund

Ab dem 01. Januar 2026 soll in Hessen eine neue Verordnung im Rahmen des **Projekts „Zukunftsfähige Berufsschule“** in Kraft treten, die erhebliche Konsequenzen für die hessischen Berufsschulstandorte haben wird. Im Kern geht es darum, zu regeln, wo die schulische Ausbildung weiter stattfindet, wenn die wohnortnahe Berufsschule eine vorgeschriebene Mindestanzahl an Schüler*innen nicht mehr vorweisen kann. Dazu wurde ein Ampelsystem eingeführt, nach dem die Berufsschule eine gelbe Ampel erhält, wenn die Mindestklassengröße von 12 Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr unterschritten wird. Nach zwei aufeinanderfolgenden gelben Ampeln wird die Fortführung des Ausbildungsgangs der Schule untersagt. Die Auszubildenden müssten dann weite Fahrten zu anderen Schulen auf sich nehmen, die vom HKMB als regionale oder landesweite Berufsschulzentren in der neuen Verordnung festgelegt worden sind. Den Schulen wird mit der Neuregelung auch vorgeschrieben, welche Ausbildungsgänge noch gemeinsam beschult werden dürfen, um die erforderliche Mindestklassengröße zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund sehen wir mit großer Sorge, dass die geplante Reform „Zukunftsfähige Berufsschule“ in ihrer praktischen Umsetzung erhebliche Probleme verursacht.

Schulentwicklung der Kommunen wird torpediert

Ein zentralisiertes, standardisiertes Steuerungsmodell mit Mindestklassengrößen, Ampelsystem und zentralisierten Fachklassen wird den lokalen Gegebenheiten und Bedürfnissen nicht gerecht. Ländliche Kreise mit geringer Bevölkerungsdichte geraten unter Druck, weil lokale Fachklassen geschlossen oder in entfernte Zentren verlagert werden. Aus unserer Sicht steht dies im Widerspruch zu den Zielen der kommunalen Schulentwicklungspläne (SEP), die ausdrücklich ein wohnortnahes und regional ausgeglichenes Bildungsangebot gewährleisten sollen.

Erhebliche Belastungen für Eltern und Schüler*innen

In Folge dessen, dass viele Ausbildungsberufe nicht mehr vor Ort beschult werden könnten, müssten junge Menschen erhebliche Fahrtzeit und -kosten auf sich nehmen. Minderjährige Berufsschüler*innen wären auf den v. a. in ländlichen Regionen unzureichenden ÖPNV angewiesen. Viele volljährige Berufsschüler*innen können sich gar kein eigenes Auto leisten. Neben diesen finanziellen Belastungen ist zudem die für Eltern wichtige Betreuungs- und Aufsichtspflicht nicht geklärt. Sollten Minderjährige für längere Zeit im Blockunterricht an einer weit entfernten Berufsschule unterrichtet und untergebracht werden, ist unklar, wer die Aufsichtspflicht wahrnimmt und wo diese endet.

Duale Ausbildung wird unattraktiver

Das HMKB will den Auszubildenden für Unterbringung und Verpflegung nur eine Pauschale von 20 € pro Tag zahlen, unabhängig davon, ob das Berufsschulzentrum im urbanen oder ländlichen Bereich liegt.

Diese unzureichende und undifferenzierte Unterstützung führt dazu, dass junge, ausbildungswillige Menschen von ihrem geringen Ausbildungslohn noch etwas abzwacken müssten, um in einer weiter entfernten Berufsschule unterrichtet zu werden. Die duale Ausbildung wird damit nicht nur unattraktiver, sondern sie wird auch zu einer Frage des Geldes. Es ist zu befürchten, dass sich deshalb viele Schülerinnen und Schüler eher für vollzeitschulische Bildungsgänge oder für ein Studium in Wohnortnähe entscheiden werden und den Betrieben Personal fehlen wird. Das alles treibt die Erosion der dualen Ausbildung weiter voran, für die Deutschland im Ausland immer noch große Anerkennung genießt.

Fachkräftemangel wird verschärft und schwächt lokale Wirtschaft

Die langfristig rückläufigen Ausbildungszahlen erschweren es den Unternehmen, ausreichendes und qualifiziertes Personal zu gewinnen. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen nimmt stetig zu und mit dem Projekt „Zukunftsfähige Berufsschule“ wird sich diese Entwicklung noch verschärfen. Bereits jetzt ist der Fachkräftemangel v. a. für die klein- und mittelständischen Betriebe ein existenzbedrohendes Problem. Viele müssen nach jahrzehntelanger Aufbauleistung schließen, weil sie keine Nachfolge finden.

Entwicklung des ländlichen Raums bleibt Worthülse

Ausreichend qualifiziertes Personal ist für eine gesunde, mittelständisch geprägte Unternehmensstruktur auf dem Land überlebenswichtig. Werden Ausbildungsgänge vor Ort gestrichen, gefährdet dies mittel- und langfristig die Entwicklung und Existenz der Betriebe. Eine gesunde Wirtschaft ist jedoch unerlässlich für die Stärkung des ländlichen Raums, den die Politik so oft propagiert.

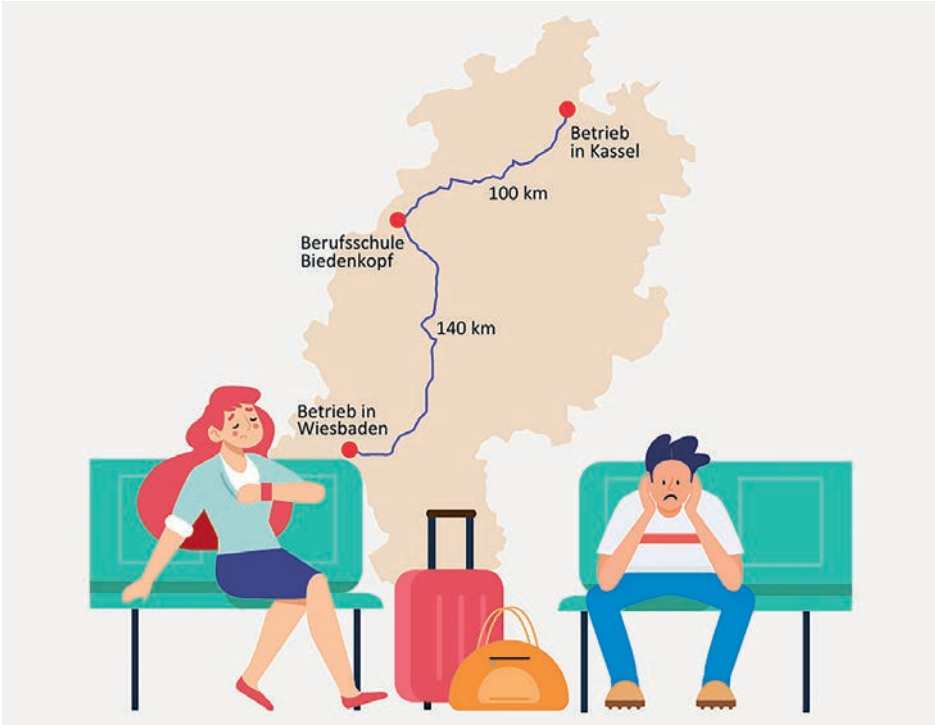


Illustration: freepik.com

Berufsschulen werden Entscheidungsspielräume genommen

Die beruflichen Schulen haben bereits in der Vergangenheit mit niedrigen Schülerzahlen in Ausbildungsberufen zu kämpfen gehabt. Allerdings wurden vor Ort oft innovative Beschulungskonzepte entwickelt, z. B. jahrgangsübergreifender Unterricht oder die Beschulung von ähnlichen Ausbildungsgängen. So konnte eine wohnortnahe und mit den Ausbildungsbetrieben abgestimmte Beschulung gewährleistet werden. Mit dem Projekt „Zukunftsfähige Berufsschule“ wird den Schulen vorgeschrieben, welche Ausbildungsgänge noch gemeinsam beschult werden dürfen. Das ist nicht nur praxisfern, sondern führt auch zu Demotivation bei Schulleitungen und Lehrpersonal.

Angesichts der zahlreichen Probleme des Projekts „Zukunftsfähige Berufsschule“ fordern die Unterzeichner folgende Punkte:

1. Stopp der geplanten Verordnung, bis die Auswirkungen auf die ländlichen Regionen umfassend mit allen beteiligten Akteuren evaluiert sind.

2. Verbindliche Beteiligung der Kreise, Berufsschulen, Kammern, Lehrkräfte-, Eltern- und Schülervertretungen an allen Entscheidungen.

3. Erhalt wohnortnaher Beschulung, wo ein regionaler Ausbildungsbedarf der Betriebe besteht, durch Senkung der vorgeschriebenen Mindestgröße für Klassen.

4. Mehr Entscheidungsspielräume der Berufsschulen bei der gemeinsamen Beschulung wie in anderen Bundesländern. Die Liste affiner Berufe muss flexibler gestaltet werden, um regionale Strukturen zu erhalten.

Einstimmig verabschiedet vom Gesamtpersonalrat Schule Bergstraße/Odenwaldkreis am 19.11.2025

Wer gibt den beruflichen Schulen in Hesssen den Namen?

*Die meisten berufsbildenden Schulen in Hessen haben einen Namen, den sie einstmals bewusst mit ihrer Identität und Zielvorstellung gewählt haben. Insoweit stellen wir in jedem **i**nsider Schulen mit ihren Namensgeber/innen vor und geben somit auch ein Stück Erinnerung und Bewusstwerdung. In dieser Ausgabe werden die **Aliceschule in Gießen** und die **Konrad-Zuse-Schule in Hünfeld** vorgestellt. Wer für die nächste Ausgabe etwas zu seiner/ihrer Schule schreiben möchte, ist dazu herzlich eingeladen. (Die Redaktion).*

Aliceschule

Namensgeberin

Alice von Hessen wurde 1835 als Princess Alice Maud Mary of Great Britain and Ireland, Tochter von Königin Victoria in London geboren. Sie war eine engagierte Fürsprecherin für soziale Reformen, Bildung und die Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen.

Als Ehefrau von Großherzog Ludwig IV. von Hessen und bei Rhein setzte sie sich insbesondere für die Ausbildung junger Frauen in hauswirtschaftlichen und pflegerischen Berufen ein. Sie selbst engagierte sich in der Krankenpflege, insbesondere während des Deutsch-Französischen Kriegs 1870/71. Auch die Gründung von Krankenhäusern, Schulen und sozialen Einrichtungen unterstützte sie.

Ab 1863 engagierte sich Alice für die öffentliche Gesundheitspflege und insbesondere für die Verbesserung der hygienischen Bedingungen von Wöchnerinnen. In Darmstadt gründete sie 1867 gemeinsam mit Luise Büchner den nach ihr benannten Kranken- und Armenpflegeverein Alice-Frauenverein. Großherzogin Alice und Luise Büchner entwickelten den Beruf der Krankenpflegerin ohne konfessionelle Bindung. Es entstand der Alice-Verein für Krankenpflege, aus dem die freie Alice-Schwesternschaft hervorging.

Alice starb 1878 in Darmstadt an Diphtherie – im selben Jahr wurde die Aliceschule in Gießen gegründet.

Schule

Die Benennung der Aliceschule in Gießen nach Alice war eine bewusste Würdigung des sozialen Engagements und ihrer Rolle als Bildungsförderin.

Heute trägt die Schule ihren Namen weiter – als Zeichen für ein Bildungsverständnis, das soziale Verantwortung, Fürsorge und individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellt. Die Aliceschule ist eine traditionsreiche berufliche Schule mit einem modernen Bildungsprofil, das soziale Verantwortung, Praxisnähe und individuelle Förderung vereint. 1000 Schülerinnen und Schüler und Studierende werden von ca. 85 Lehrkräften unterrichtet.

Die Schule begann als Hauswirtschaftsschule für junge Frauen und hat sich seither zu einer vielseitigen beruflichen Bildungseinrichtung mit 11 Bildungsgängen in fünf Schulformen und Abschlussmöglichkeiten entwickelt. Heute bietet sie ein breites Spektrum an Schulformen und Fachrichtungen, die sich besonders auf soziale, pädagogische und gesundheitliche Berufsbereiche konzentrieren.

Die Ausbildung in der Berufsschule zu Friseur/in, Fleischer/in und Bäcker/in sowie zum/zur Fachverkäufer/in im Lebensmittelhandwerk in den Fachrichtungen Bäckerei und Fleischerei ist Teil des Dualen Systems. Der Ausbildungsbetrieb und die Aliceschule sind Kooperationspartner in der Ausbildung.

Das Berufliche Gymnasium bietet als gymnasiale Oberstufe die Fachrichtungen Technik und Gesundheit und Soziales mit den beruflichen Schwerpunkten Biologietechnik, Gesundheit sowie Erziehungswissenschaft an und führt zur Allgemeinen Hochschulreife.

Die Berufsfachschule für Sozialassistenz bietet eine zweijährige staatliche Ausbildung mit der parallelen Möglichkeit, die Fachhochschulreife zu erwerben.

Die Fachschule für Sozialwesen – ermöglicht den Abschluss „Staatlich anerkannte/r Erzieher/in“ mit Zugang auch für andere sozialpflegerische Berufe. Die Fachschule ging 1975 aus dem Fröbelseminar hervor.

Schülerinnen und Schüler nach dem 9. Schuljahr können die Angebote der Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung, kurz BÜA, mit dem Ziel wahrnehmen, einen bestmögli-

chen Übergang in eine Ausbildung und/ oder den Haupt- oder mittleren Bildungsabschluss zu erreichen.

Im Rahmen des Landesprogramms „Schule und Gesundheit“, Grenzenlos-Schule und Umweltschule nehmen wir im Sinne des Whole School Approachs die Ziele der nachhaltigen Entwicklung in den Blick.

SchülerInnen verpflegen SchülerInnen. Mit dem Bistro Alice wird seit 2012 der Schüler- und Lehrerschaft eine ausgewogene, regionale, saisonale und schmackhafte Frühstücks- und Mittagsverpflegung angeboten.

Die Aliceschule versteht sich als lernende Institution. Die enge Verzahnung von Theorie und Praxis ist zentral – etwa durch Praktika, Projektarbeit und Kooperationen mit Bildungsträgern, wie z.B. die Akademie für Psychomotorik (dakp) oder die Hochschulen und Universitäten der Region Gießen.

Konrad-Zuse-Schule in Hünfeld

Namensgeber

Konrad Zuse, geboren am 22. Juni 1910 in Berlin, war Erfinder, Bauingenieur und Unternehmer. Zunächst studierte er Maschinenbau an der TH Berlin-Charlottenburg. Anschließend arbeitete Zuse zunächst als Statiker bei den Henschel-Flugzeugwerken, wo ihn die mühselige Rechenarbeit zu neuen Ideen inspirierte.

Als Vater des modernen Computers entwickelte Zuse mit der „Z3“ schon im Jahr 1941 den ersten voll funktionsfähigen, programmgesteuerten Computer der Welt, den er ständig verbesserte und weiterentwickelte. Die „Z3“ war so groß wie ein Wandschrank, beherrschte aber nur drei Rechenarten und hatte eine Speicherkapazität von gerade mal 64 Wörtern.

Zuse war nicht nur ein technischer Visionär, sondern auch ein pragmatischer Unternehmer. So gründete er bereits 1949 die Zuse KG, die Rechenanlagen produzierte und später von Siemens übernommen wurde. Mit der „Z22“ mit magnetischem Speicher brachte Zuse später eine weitere Neuerung auf den Markt.

Konrad Zuse starb am 18. Dezember 1995 in Hünfeld, wo sich heute die nach ihm benannte Konrad-Zuse-Schule befindet.

Schule

Die Konrad-Zuse-Schule in Hünfeld ist eine vielseitige berufsbildende Schule, die technische, soziale und wirtschaftliche Bildung mit regionaler Verwurzelung und internationaler Offenheit verbindet.

Benannt nach dem Computerpionier, steht die Schule für Innovation, Praxisnähe und Persönlichkeitsbildung. Als berufsbildende Schule des Landkreises Fulda bietet sie ein breites Spektrum an Bildungsgängen, die junge Menschen auf anspruchsvolle Berufe und weiterführende Schulformen sowie Studien vorbereiten.

Die Schule gliedert sich in mehrere Fachbereiche und Schulformen.

Im Bereich *Informationstechnologie* werden die Schülerinnen und Schüler u.a. zum Fachinformatiker, Kaufmann für IT-Systemmanagement und Digitalisierungsmanagement ausgebildet.
Im Bereich *Holz- und Metalltechnik* können Berufe wie Tischler, Holzmechaniker und Metallbauer erlernt werden.
Eine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten und zu kaufmännischen Berufen bietet der Bereich *Wirtschaft und Verwaltung*.

An der *Fachschule für Sozialwesen* werden Erzieher*innen und Heilerziehungspfleger*innen ausgebildet.
Die *Fachoberschule* bietet Technik, Sozialwesen und Wirtschaft an.
Das *Berufliche Gymnasium* umfasst die Fachrichtungen Gesundheit und Soziales.
Sozialassistenz und Informationsverarbeitung Technik sind die *vollschulischen Ausbildungen*.
Die *Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung* (BÜA) ermöglicht den Haupt- und Mittleren Bildungsabschluss.

Die Schule legt besonderen Wert auf praxisorientiertes Lernen, durch enge Kooperationen mit Betrieben und sozialen Einrichtungen. Ein internationaler Austausch und interkulturelle Bildung findet über den zuseCAMPUS statt. Das Projekt „Grenzenlos“ vom World University Service, WUS, fördert „globales Lernen“ mit dem Ziel, Menschen auf der ganzen Welt zu vernetzen. 2019 erhielt die Konrad-Zuse-Schule hierfür das Zertifikat „Grenzenlos-Schule“.

In einer Kooperation zwischen der Hochschule Fulda und der Konrad-Zuse-Schule nehmen Schüler*innen mit dem Schwerpunkt Informationstechnik an Vorlesungen und Übungen des Fachbereichs Angewandte Informatik teil. Bei einem anschließenden Studium werden diese Teilnahmen angerechnet.

Zusammenstellungen aus Internetauftritten und Broschüren

Thomas Meinen und Dieter Staudt

Umwelt, Fairtrade und pädagogische Zukunftswege

Nachhaltigkeit an den Beruflichen Schulen am Gradierwerk

Die Beruflichen Schulen am Gradierwerk Bad Nauheim (BSG) wurden im September 2025 erneut für ihr herausragendes Engagement im Bereich Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz ausgezeichnet. Bereits zum dritten Mal erhielt die Schule das Zertifikat **„Hessische Umweltschule – Lernen und Handeln für unsere Zukunft "**, das vom Hessischen Kultusministerium und dem Hessischen Umweltministerium verliehen wird.

Mit diesem Programm werden Schulen gewürdigt, die Nachhaltigkeit dauerhaft im Unterricht und im Schulalltag verankern. Die BSG verfolgt dabei das Ziel, junge Menschen zu einem verantwortungsbewussten und zukunftsorientierten Handeln zu befähigen. Die Ausschreibung richtet sich an alle hessischen Schulen, die im Projektzeitraum zwei nachhaltige Projekte erfolgreich durchführen. Das Programm stärkt somit nicht nur langfristig die Integration von Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen in Unterricht und Schulkultur, sondern fördert auch Veränderungen hin zu mehr Umweltbewusstsein in Hessens Bildungslandschaft.

Umweltschule – Lernen und Handeln für die Zukunft

Am 29.09.2025 wurden 136 hess. Schulen für ihr Engagement für Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz ausgezeichnet, darunter auch 11 Berufsbildende Schulen. Die Ausschreibung „Umweltschule" gibt es in Hessen seit 1999, sie richtet sich an alle Schulformen, auch an Berufsbildende Schulen. Auf ihrem Weg zur Verbesserung der Qualität von Unterricht und Schulleben im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung werden den teilnehmenden Schulen Fortbildungen, Fachtagungen und persönliche Hilfestellung angeboten. 2021 wurden die Hessischen Umweltschulen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der deutschen UNESCO-Kommission als hervorragende Bildungsinitiative für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet.

Umweltschule – Lernen und Handeln für unsere Zukunft

Ein früheres Projekt war die Abfallvermeidung und -trennung an den POR-Stationen („Points of Rubbish") auf den Schulfluren. Auf Mülleimer in den Klassenräumen wird verzichtet. Jede Klasse übernimmt für eine Woche den Kehrdienst in den Schulgebäuden samt Außenbereich. Dies brachte der Schule den Umweltpreis des Wetteraukreises im Jahr 1995 ein, damals war Getrenntsammlung an Schulen noch absolutes Neuland. Die Schulgemeinschaft hält hier seit 30 Jahren durch, Nachhaltigkeit und Verstetigung sind der entscheidende Erfolgsfaktor für Umwelthandeln in der Schule. Etliche weitere Auszeichnungen erfolgten seitdem.

Nachhaltigkeit zeigt sich auch im geänderten Essensangebot: Schulklassen aus dem Fachbereich Ernährung und Sozialpädagogik sowie der Mittelstufenschule kochen seit vielen Jahren vegan oder vegetarisch.

Zudem findet jedes Jahr der „Tag der Menschenrechte und Nachhaltigkeit" statt. Ein Projekttag mit mehr als 30 kreativen Veranstaltungen, Workshops, Vorträgen und Ausstellungen von Lernenden für Lernende. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, Fragen nach Ernährung, globaler Gerechtigkeit und fairem Miteinander zu stellen und werden ermutigt, Antworten auszuprobieren. Globale Herausforderungen werden verständlich gemacht und gemeinsam regionale praktische Lösungen gesucht.

Außerdem hat die Schule in diesem Jahr mehr „Grün"auf ihren Schulhof gebracht. Mit der Anschaffung und Bepflanzung von vier Hochbeeten – eines davon rollstuhlgerecht – soll das ökologische Bewusstsein sowohl im Schulalltag als auch im privaten Bereich der Lernenden geschärft werden. Die Schülerinnen und Schüler können sich ausprobieren, haben Freude am praktischen Lernen und Mitgestalten einer nachhaltigen Zukunft.

Im Herbst wurde dieses Projekt im Hessischen Rundfunk in der Sendung „Die Ratgeber" vorgestellt. Gedreht wurde an den BSG-Hochbeeten, während der NABU-Experte Frank Pfuhl der Klasse praktische Tipps gab.

Zertifizierung als Fairtrade-School

Die Beruflichen Schulen am Gradierwerk (BSG) haben seit 2016 wie-

Hessischer Rundfunk dreht einen Beitrag für die Sendung „Die Ratgeber" über die Hochbeete der Beruflichen Schulen am Gradierwerk

Silke Pfuhl-Reifschneider und Claudia Ziegle-Suessel nehmen die Auszeichnung "Hessische Umweltschule" entgegen.

Wandgestaltung von Lernenden der BSG

derholt den Titel „Fairtrade-School“ erworben. Die Zertifizierung zeichnet Schulen aus, die sich in besonderem Maße für den fairen Handel engagieren. Zum zehnjährigen Jubiläum im Jahr 2026 wird die Schule rezertifiziert.

Der Titel „Fairtrade-School“ ist an klare Bedingungen geknüpft: Schulen müssen regelmäßig Aktivitäten zu Themen des fairen Handels durchführen und verschiedene Anforderungen wirksam im Schulleben verankern.

Vielfältige Aktionen rund um den fairen Handel

Die BSG setzt sich seit vielen Jahren aktiv dafür ein, Lernende für die Bedeutung des fairen Handels zu sensibilisieren. Dazu gehören regelmäßige Informationsstände zum alljährlichen „Tag der Menschenrechte und Nachhaltigkeit“, Projekttage sowie fächerübergreifende Aktivitäten. Schülerinnen und Schüler informieren ihre Mitschülerinnen und Mitschüler beispielsweise über globale Lieferketten, faire Produktionsbedingungen und aktuelle Herausforderungen des Weltmarktes. Besonders beliebt an der Schule ist der Kaffeautomat, an dem ausschließlich fair gehandelter Kaffee angeboten wird.

Auch in Unterrichtsprojekten entstehen regelmäßig kreative Beiträge, etwa Filme, Präsentationen oder Quizformate zum Thema „Fairer Handel“.

Starke Partnerschaften

Die Schule kooperiert mit dem Weltladen in Bad Nauheim und der Fairtradestadt Bad Nauheim. Bei jährlich stattfindenden Veranstaltungen mit den Partnern produzieren die Lernenden des Fachbereichs Ernährung und Hauswirtschaft selbst zubereitetes Essen aus fair gehandelten Zutaten. Die Schule ist regelmäßig am Klimatag der Stadt Bad Nauheim und ebenso am jährlichen Wasserlauf in Bad Nauheim beteiligt.

Fairtrade in verschiedenen Unterrichtsfächern

Auch im Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung setzen sich Lernende intensiv mit Globalisierung, Textilkonsum und fairen Lieferketten auseinander. Unterrichtseinheiten wie „Die Reise einer Jeans“ oder Projekte zum Thema „Faire Schokolade“ sollen das kritische Konsumverhalten fördern und das Bewusstsein für weltweite Produktionsbedingungen stärken.

Weitere Informationen zur Fairtrade-School sind auf den Webseiten www.bsg-bn.de und www.fairtrade-school.de zu finden.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Fachschule – Lernkultur und Zukunftskompetenzen

Im Fachbereich Sozialpädagogik befassen sich die Studierenden der Fachschule für Sozialwesen im Unterricht intensiv mit dem Thema Bildung für nachhaltige Bildung. So entstehen klassenübergreifende Projekte aus der Motivation, in der Welt nachhaltig wirken zu wollen: Eine Gruppe entwickelte beispielsweise eine Kampagne, die auf die Umweltbelastung durch Zigarettenstummel aufmerksam macht. Andere erstellten eine digitale Übersicht nachhaltiger Einzelhandelsanbieter in der Wetterau. Auch ein Tauschregal für Kleidung und Schulbedarf konnte in der Schule etabliert werden. Ebenso wurde ein Tauschregal für Kinderkleidung in einer Kindertagesstätte eingerichtet.

An den vielen verschiedenen Projekten zeigt sich, dass Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz Werte mit hoher Bedeutung für die Schulgemeinschaft der BSG sind.

Bianca Bauß-Krämer und Kolleginnen

Mitte-Studie 2024/25: „Die angespannte Mitte“

Demokratiefeindliche Einstellungen normalisieren sich

Obwohl rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft zurückgehen, normalisieren sich demokratiefeindliche Ansichten, und das Misstrauen in die Institutionen nimmt zu. Das ist ein Ergebnis der aktuellen Mitte-Studie 2024/25 der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit dem Titel **„Die angespannte Mitte“**. Die Befragten wünschen sich mit absoluter Mehrheit aber auch mehr Bildung zu den Themen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Demokratie.

Gut drei Viertel der Menschen in Deutschland (76,1 Prozent) lehnen laut Studie rechtsextreme Einstellungen ab. 3,3 Prozent der Bevölkerung haben indes ein rechtsextremes Weltbild. 19,8 Prozent stimmen nationalchauvinistischen Aussagen zu. Ein Viertel ist der Ansicht: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“.

Steigendes Misstrauen in die Demokratie

Parallel wächst das Misstrauen in die Demokratie: 21,5 Prozent haben kein Vertrauen in die demokratischen Institutionen, 18,2 Prozent in demokratische Wahlen. Das ist dreimal so viel wie vor vier Jahren. Nur noch knapp mehr als die Hälfte (52 Prozent) stimmt der Aussage zu „Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut.“

Zwar meinen 87,7 Prozent, in einer Demokratie solle die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen. Zugleich ist ein Drittel (34,1 Prozent) der Ansicht, „im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren“. Ein Viertel (25,3 Prozent) sagt, es werde zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen, mehr als jeder Zehnte (10,8 Prozent) lehnt es ab, die Grundrechte von Minderheiten zu schützen.

Normalisierung demokratiefeindlicher Einstellungen

Bei rechtsextremen Einstellungen beobachtete das Forschungsteam unter Leitung von Prof. Andreas Zick von der Universität Bielefeld Gewöhnungseffekte und eine Normalisierung. So teilt je etwa ein Drittel abwertende Einstellungen gegenüber Asylsuchenden (30,2 Prozent) und Langzeitarbeitslosen (36,1 Prozent). Auch antisemitische Einstellungen sind verbreitet. 17,0 Prozent stimmen israelbezogenem Antisemitismus eher oder ganz zu, weitere 22,4 Prozent stimmen teils/teils zu.

Mehr politische Bildung gefordert

61 Prozent der Befragten halten Bildung für ein wichtiges Instrument in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, 25 Prozent teilweise. Bildung solle daher gestärkt werden; dabei komme es auf Mündigkeit, Autonomie und Demokratieerfahrungen sowie auf Politik- und Digitalkompetenz ausgelegte Bildungs-, Erziehungs- und Sozialisationssettings in Schulen an.

„Für die Demokratie scheint es (über-)lebensnotwendig, jungen Menschen so viel Bildung wie möglich als ein wirksames Mittel für Resilienz gegenüber Demokratiefeindlichkeit zukommen zu lassen“, bilanzieren die Studienautoren.

Das sieht die **GEW** ähnlich. Angesichts zunehmender Angriffe von Rechtsaußen auf Demokratie und Bildung sagte GEW-Vorsitzende Maike Finnern: „Wir sind nicht neutral. Wir machen uns stark für soziale Gerechtigkeit, für gute und chancengleiche Bildung sowie für gute Arbeitsbedingungen. Denn gerade in Zeiten, in denen Rechtspopulisten und Faschisten Hass und Hetze normalisieren wollen, ist es unsere Aufgabe, klare Haltung zu zeigen und für eine solidarische Gesellschaft einzutreten.“

So heißt es in der Studie: „Dabei sind der Beutelsbacher Konsens und politische Bildung gerade nicht wertneutral, sondern an Grund- und Menschenrechte, Verfassungsprinzipien und Pluralismus gebunden. Das heißt, dass Lehrkräfte sogar verpflichtet sind, einer Verletzung dieser Prinzipien an der Schule deutlich entgegenzutreten und sie nicht als legitime Positionen neben anderen zu tolerieren.“

GEW-Newsletter 11.11.2025

Die repräsentativen Mitte-Studien der FES geben Auskunft über die Verbreitung, Entwicklung und Hintergründe rechtsextremer, menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen in Deutschland. Seit 2006 gibt es etwa alle zwei Jahre eine neue Ausgabe. Die aktuelle, knapp 430 Seiten lange Analyse befasst sich in zwei eigenen Kapiteln auch mit den Themen Schul- und Bildungsvorstellungen sowie Politische Bildung.

Für Gerechtigkeit, Demokratie, Klimaschutz und eine zukunftsfähige Wirtschaft

Superreiche gerecht besteuern

DGB PM Nr. 052 - 8. Oktober 2025

Die neue Reichenliste des Manager Magazins zeigt: In Deutschland wächst die Zahl der Milliardäre weiter – während die Wirtschaft stagniert. Gleichzeitig geraten Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitssystem infolge fehlender Investitionen und knapper Kassen zunehmend unter Druck. Die Lage vieler Kommunen spitzt sich weiter zu, der Klimaschutz stockt, und bei Entwicklungszusammenarbeit sowie humanitärer Hilfe werden Mittel radikal gekürzt. Weitere drohende Einsparungen verschärfen die Krise zusätzlich.

Das Aussetzen der Vermögensteuer seit 1997 und weitere Steuerreformen der vergangenen Jahrzehnte haben dazu geführt, dass Superreiche heute nur noch halb so hohe Abgabensätze tragen wie die Mitte der Gesellschaft. So konnten ihre Vermögen ungeachtet aller Krisen anwachsen. Deutschland weist eine der höchsten Vermögenskonzentrationen unter den Industrieländern auf. Gleichzeitig verharrt die Armutsquote mit 15,5 Prozent auf einem inakzeptabel hohen Niveau und jedes fünfte Kind wächst in Armut auf.

Schieflage gefährdet unsere Demokratie

Superreiche können über Parteispenden und mächtige Lobbyorganisationen überproportional Einfluss nehmen und ihre Interessen oft gegen das Gemeinwohl durchsetzen. Ihre Verbände verbreiten Mythen über angebliche Schäden einer angemessenen Vermögensbesteuerung. Doch das Gegenteil ist richtig: Zusätzliche Einnahmen ermöglichen Investitionen, die die sozial-ökologische Modernisierung des Landes voranbringen, den Standort sichern und Arbeitsplätze schaffen.

Mehrheit für Besteuerung großer Vermögen

Repräsentative Umfragen und Bürgerbeteiligungsformate zeigen: Eine breite Mehrheit der Menschen in Deutschland befürwortet eine Besteuerung großer Vermögen. Das würde nicht nur die öffentlichen Haushalte stärken, sondern auch der hohen Ungleichheit entgegenwirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Zudem würden Superreiche, die weit überdurchschnittlich viele Treibhausgase verursachen, stärker an den Kosten der Klimakrise beteiligt.

Als Zusammenschluss von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Umweltorganisationen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die mehr als zehn Millionen Menschen vertreten, fordern wir deshalb:

Eine gerechte Besteuerung von Superreichen muss jetzt durchgesetzt werden. Nur so leisten die Reichsten endlich ihren fairen Beitrag. Eine angemessene Besteuerung großer Vermögen ist notwendig, um den Sozialstaat, Klimaschutz und internationale Verantwortung nachhaltig zu sichern – und sie stärkt zugleich den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Greenpeace-Nachrichten 03/2025

„Krumme Geschäfte“ – Roman trifft Buchführung

Wie kann man Auszubildenden die doppelte Buchführung näherbringen, ohne sie mit trockenen Zahlenkolonnen zu überfordern? Der Berufsschullehrer Hans-Ulrich Daab hat auf diese Frage eine kreative Antwort gefunden: **„Krumme Geschäfte – Ein mittelalterlicher Roman mit einer Einführung in die doppelte Buchführung“** verbindet eine historische Geschichte mit kaufmännischem Grundlagenwissen.

Im Mittelpunkt steht Rolnor, ein junger Kaufmannsgehilfe, der im Handelshaus Krumme nicht nur Intrigen, Reisen und eine leise Liebesgeschichte erlebt, sondern zugleich die Prinzipien der doppelten Buchführung entdeckt. Durch anschauliche Dialoge und lebendige Szenen wird aus trockener Theorie eine greifbare Erfahrung.

Besonders für Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen bietet der Roman neue Möglichkeiten: Lernende knüpfen an eine spannende Handlung an und verstehen so leichter, wie Bilanz, Soll und Haben oder Gewinn und Verlust zusammenhängen.

Fazit: „Krumme Geschäfte“ ist eine innovative Verbindung von Fachbuch und Roman – ein Werk, das zeigt, dass Lernen auch erzählerisch, spannend und anschaulich gelingen kann. Für Berufsschullehrer eröffnet es die Möglichkeit, die Welt der Buchführung mit einem frischen Zugang in den Unterricht einzubinden.

ISBN 978-3-7693-6761-4

Unterricht in „bewegten und Schüler/innen bewegende Zeiten“

Eine Unterrichtsskizze

Die nachstehende Unterrichtsskizze wurde ab 13.11.2025 spontan entworfen und die dazugehörigen Materialien zusammengestellt. Sie kann als ein Beispiel dafür dienen, wie – auf den Unterricht heruntergebrochen – die in Powi-Kerncurricula beschriebenen vielfältigen Ziele und Kompetenzen in Verbindung gebracht werden können mit der ganz aktuellen, realen, gesellschaftlich-politischen Situation und mit direkten Fragen und Herausforderungen der evtl. unmittelbar betroffenen jugendlichen Schüler/innen.

Thema:

„Powi und ich“ aktuell – Wehrdienst, Wehrpflicht?, „gesellschaftlicher Pflichtdienst“ kurz: aus FSJ wird SPJ ?

Quellen aller zitierten Materialien: Beiträge des Deutschlandfunks (dlf)

Einstieg:

Hauptinfo I und II (mit aktueller Einigung vom 13.11.2025):

- „Bundeswehr – Union und SPD einigen sich auf neues Wehrdienstmodell“ (dlf, 13.11.2025)
- „Neues Wehrdienst-Modell – Musterung soll Pflicht werden“ (dlf, 13.11.2025)

Teil 1: *gesellschaftspolitische historische Einordnung der Wehrpflicht*
Hintergrund D „Wehrpflicht – Warum die Deutschen sich schwertun mit Bürgern als Soldaten“ (die Wehrpflicht in der deutschen Geschichte) (dlf, 31.07.2025)

Teil 2: Hintergründe A, B und C:
A: „Wehrdienstmodernisierungsgesetz – Interesse an Kriegsdienstverweigerung steigt“ (dlf, 15.11.2025)
B: „Wehrpflicht für Frauen – Rechtswissenschaftler Graf von Kielmansegg für Grundgesetzänderung“ (dlf, 14.11.2025) (???)
C: „70 Jahre Bundeswehr – Pistorius: In Deutschland werden Streitkräfte schlecht geredet; Steinmeier fordert Gesellschaftsdienst“ (dlf, 13.11.2025) (= gesellschaftlicher PFLICHT dienst) (???)

Arbeitsauftrag:

1 **Informieren** Sie sich – u.a. mittels der o.g. Hauptinfos I und II – über die aktuelle Beschlusslage (Stand am/ab 13.11.2025).

2 Hören Sie den Audiobeitrag zur gesellschaftspolitisch-historischen Einordnung der Wehrpflicht. (s. Hintergrund D) Machen Sie sich dabei Notizen und **skizzieren** Sie anschließend kurz die geschichtliche Entwicklung bezüglich Wehrpflicht in Deutschland.

3 **Diskutieren** Sie (in unterschiedlichen Sozialformen; flexibel) die o.g. mit Fragezeichen versehenen Teilthemen:

a) Wehrpflicht (allgemein)?
b) Wehrpflicht für Frauen?
c) Forderung eines gesellschaftlichen Pflichtdienstes (für eine bestimmte Altersgruppe, z.B. der 19-20 Jährigen) ODER kurz: aus **F**reiwilliges **S**oziales **J**ahr (FSJ)/ Freiwilligendienst wird „**S**oziales **P**flicht**j**ahr (SPJ) ?

Mögliche Ergänzungen/Vertiefungen:

- vom 19.11.2025: „dlf - Agenda live „Vom Pausenhof ins Manöver; wie die Bundeswehr wachsen soll“ (Live aus … Lollar)“

- vom 04.12.2025: „dlf – ‚Schulstreik gegen Wehrpflicht‘; Lehrerverband warnt vor Folgen“

- vom 05.12.2025: „dlf – Verpflichtende Musterung und Fragebogen; Bundestag billigt neues Wehrdienst-Gesetz, Jugendliche protestieren“

Diese Unterrichtsskizze wurde, außer den „möglichen Ergänzungen und Vertiefungen“, von mir – in einer Lerngruppe vollständig und in anderen Lerngruppen teilweise – unterrichtlich angewendet.

Jürgen Rentz

*Inzwischen hat der Bundestag am 05.12.2025 dem Gesetz für einen neuen Wehrdienst zugestimmt, was neue und aktuelle Materialien liefert. Sicherlich können auch die Definitionen „Kriegsfähigkeit“ des Verteidigungsministers und „Verteidigungsfähigkeit“ zur Diskussion herausfordern **(DS)**.*

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt
Tel.: 069 / 97 12 930

Landesfachgruppe
Berufsbildende Schulen

Layout:

Harald Knöfel

Drucklegung: 12 | 2025

Redaktion:

Dieter Staudt
Messeler Straße 3
64390 Erzhausen
Tel. : 06150 / 75 69
Email: ***dstaudt@t-online.de***

Redaktionsschluss:

Jeweils 15 Tage vor Beginn der hess. Ferien

Auflage: 4.600

Vier Ausgaben jährlich

Druckerei:

Druckerei Bender GmbH
Hauptstraße 27
35435 Wettenberg/Gießen

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

GEW-Fachgruppe Berufsbildende Schulen – ein bunter und erfolgreicher Haufen!

Die Fachgruppe Berufsbildende Schulen beackert für die GEW Hessen das komplexe Thema berufliche Bildung, insbesondere die Entwicklung der berufsbildenden Schulen mit ihren vielfältigen Schulformen und Berufsfeldern.

Wer sind wir?

Wir sind eine Gruppe von etwa 25 Kolleginnen und Kollegen unterschiedlichen Alters, von der Junglehrer*in bis zur Pensionär*in und kommen aus allen hessischen Regionen. Wir vertreten einzelne Schulformen und/oder Berufsfelder, die Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte, bauliche Situation und Ausstattung oder den IT-Bereich usw. Wir arbeiten intensiv und konstruktiv und haben daneben aber auch viel Spaß zusammen.

Was machen wir?

Die Fachgruppe nimmt Stellung zu allen für die berufliche Bildung in Hessen relevanten Themen, z.B. neue Verordnungen für die Schulformen der berufsbildenden Schulen, Schulgesetznovellierung, Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, neue Lehrpläne, „Selbstständige Schule“, Arbeitsbedingungen, Lehrkräftenachwuchs im beruflichen Bereich u.v.m. und bringt diese in die GEW-Gremien und die Öffentlichkeit.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der letzten Jahre war die Entwicklung eines bundesweit gelobten Zukunftskonzepts für die berufsbildenden Schulen in Hessen. Außerdem beschäftigen wir uns zurzeit intensiv mit der Anerkennung der Tätigkeiten der Fachlehrer*innen für arbeitstechnische Fächer, dem Projekt „Zukunftsfähige Berufsschule“ sowie dem Schulversuch BÜA.
Zur intensiveren Information, Diskussion und Positionierung veranstalten wir nahezu jährlich eine landesweite Fachtagung zu bestimmten aktuellen Themen.

Wie arbeiten wir?

Die Fachgruppe trifft sich viermal im Jahr an Freitagen (in der Regel in der GEW-Geschäftsstelle Frankfurt) ab 13.00 bis 18.00 Uhr. GEW-Mitglieder und auch sonstige Interessierte sind zum Hineinschnuppern herzlich willkommen. Schreibe uns bei Interesse eine Mail, damit wir die Einladung versenden können.

Sitzungen 2026
20. Februar, 12. Juni, 28. August und 27. November

Die Fachgruppe gibt den Berufsschul-*i*nsider heraus. Diese vierteljährig erscheinende Zeitschrift ist ein wichtiges Informations- und Diskussionsforum der GEW Hessen für den Bereich berufsbildende Schulen.

Erfolge

Die GEW Hessen hat im Bereich berufsbildende Schulen den höchsten Organisationsgrad und die besten Wahlergebnisse bei Personalratswahlen.
Der Berufsschul-*i*nsider hat sich in den letzten 35 Jahren zu einer der wichtigsten Zeitschriften zum Thema Berufliche Bildung in Deutschland entwickelt.

Die Positionen der GEW zur beruflichen Bildung in Hessen finden an vielen Stellen Gehör. Während die Hessische Landesregierung bei der Erneuerung des Beruflichen Schulwesens alleine auf die „Selbstständige Schule“ und die „Zukunftsfähige Berufsschule“ setzt, wird in Hamburg das von uns entwickelte Zukunftsmodell für die berufsbildenden Schulen nahezu 1:1 umgesetzt.

Fachgruppenvorstand: Carsten Leimbach, Susanne Nissen, Katja Pohl
Kontakt: berufsbildendeschulen@gew-hessen.de

Veranstaltungen und Neues aus dem Landtag

Alles im Wandel. Bildung im Fokus

didacta – die Bildungsmesse 2026

10. – 14. März in Köln

Neben Veranstaltungen zum Motto gibt es weitere Themenschwerpunkte:

- **Zukunfts- und Basiskompetenzen**
  Kritisches Denken, Problemlösung, kulturelle Bildung und Demokratieverständnis stehen im Mittelpunkt.
- **Gesundheit und Wohlbefinden (Mental Health)**
  Resilienzförderung, Achtsamkeit, Bewegung, gesunde Ernährung und Sensibilisierung für psychische Belastungen.
- **Digitalisierung und Künstliche Intelligenz**
  Von KI im Unterricht bis zu digitaler Ethik und Medienkompetenz.
- **Bildung für nachhaltige Entwicklung**
  UN-Nachhaltigkeitsziele, globale Gerechtigkeit, nachhaltige Transformation.

Weitere Themen sind unter anderem Berufsorientierung, Inklusion, Ganztag und Sprachförderung.
www.didacta-messe.de

didacta
Verband der Bildungswirtschaft

Landtagsdrucksachen zur Lehrerbildung in Hessen

+ Kleine Anfrage Drucksache 21/2795 vom 27. 11. 2025
„Lehrkräftenachwuchs im Lehramt für berufliche Schulen“ und Antwort Minister für Kultus, Bildung und Chancen

+ Kleine Anfrage Drucksache 21/2892 vom 19. 11. 2025
Ausbildung an hessischen Berufsschulen in „grünen Berufen“ und Antwort Minister für Kultus, Bildung und Chancen

+ Kleine Anfrage Drucksache 21/2824 vom 21. 11. 2025
„Lehrkräfteversorgung im Schuljahr 2025/26“ und Antwort Minister für Kultus, Bildung und Chancen

SCHULBAU Messen

Rund 8 000 Interessierte aus vielen Professionen haben 2025 die SCHULBAU Messen besucht. Diese Messen haben sich im Spannungsfeld Architektur und Pädagogik etabliert und zu einem wichtigen nationalen und internationalen Informations- und Austauschforum entwickelt.

Folgende Messen werden in **2026** durchgeführt:

+ Stuttgart 25.-26. Februar

+ Frankfurt 15.-16. April

+ Kopenhagen 2. Juni

+ Köln 30. Sept. – 1. Okt.

+ Berlin 11.-12. November

Anmeldung unter: sandra.huster@cubusmedien.de